

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 16.— Mk., für einen Monat 5.— Mk., Beleggeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Insertenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.80 Mk., bei Platzvorschrift 2.00 Mk.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Parteien und die neue Regierungskrise.

Berlin, 24. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das fast gestrandete Kabinettschiff des Herrn Fehrenbach beginnt langsam wieder flott zu werden. Die Fraktionen fast aller Parteien hielten gestern im Laufe des Vor- und Nachmittags Sitzungen im Reichstage ab. Ueber das Resultat der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion wird weitestgehendes Stillschweigen bewahrt. Das Berliner Tageblatt erfährt zur Haltung der Sozialdemokraten:

„Wie wir hören, bestehen zwischen den sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller und Löbe, die bei den Verhandlungen mit Fehrenbach und den Demokraten die bekannten Zusicherungen gemacht hatten, und der Mehrheit der Fraktion zwar gewisse Meinungsverschiedenheiten, aber diese Gegensätze beziehen sich mehr auf die Form, als auf das wohl der gesamten Fraktion gemeinsame Ziel, einer Regierung der bürgerlichen Mittelparteien keine unüberwindlichen Schwierigkeiten zu bereiten. Die sozialdemokratische Fraktion ist, wie wir hören, sich klar darüber, daß augenblicklich keine andre Regierungsform möglich ist, als diejenige, die von Fehrenbach angestrebt wird, und die Fraktion weiß nur noch nicht, wie sie das toleranzvolle aussprechen soll, da sie es auf alle Fälle vermeiden will, für irgendwelche Handlungen eines Kabinetts mit verantwortlich gemacht zu werden, in dem auch Deutsche Volksparteiler vertreten sind. Wir haben Grund zur Annahme, daß die Sozialdemokratie vorher öffentlich keine offizielle Erklärung über ihr Verhalten bei der Vorstellung der neuen Regierung im Reichstage abgeben wird. Aber sie wird voraussichtlich durch persönliche Führungsnahme die entscheidenden Persönlichkeiten von ihrem definitiven Schritt unterrichten und so Herrn Fehrenbach die Möglichkeit geben, das Kabinet bei einem wohlwollenden neutralen Verhalten der Sozialdemokraten zustande zu bringen.“ Wenn diese Darstellung zutrifft, so haben also die Sozialdemokraten auf ihren Widerstand gegen die Abgabe eines Vertrauensvotums für die Deutsche Volkspartei verzichtet und sich zu einer Kompromißformel durchgegangen, mit der sie glauben, vor ihren Wählern ihr Verhalten rechtfertigen zu können.

Auch die Deutsche Volkspartei hat anscheinend ihren Widerstand gegen die Zentrumsminister Giesberts und Wirth fallen lassen. Es ist wahrscheinlich, daß eine Umbelegung innerhalb des Kabinetts stattfinden wird und Giesberts und Wirth neue Positionen in dem Kabinet erhalten. Der Minister Giesberts allerdings steht auf dem Standpunkt, daß es nicht auf die Männer ankommt, die die Deutsche Volkspartei zu präsentieren hat, sondern daß das Programm das ausschlaggebende auch für das Reichswirtschafts- und Finanzministerium sei. Ein Programm für diese Ministerien hätte aber bisher die Deutsche Volkspartei und ihre Politiker auch noch nicht hervorgebracht.

Der Reichstag wird wahrscheinlich heute im Laufe des Tages zusammenzutreten. Nach einzelnen Nachrichten allerdings soll der Letzte n-Ausschuh um 11 Uhr eine Vertagung des Reichstags beschließen, bis zur Lösung der Kabinettskrise. Doch ist diese Nachricht nicht wahrscheinlich, da die erste kon-

stituierende Sitzung, in der es sich nur um die Bildung des Präsidiums handelt, auch ohne die neue Regierung wird stattfinden können. Für den Platz des Reichstagspräsidenten ist von der sozialdemokratischen Fraktion als der stärksten der bisherige Vizepräsident Löbe in Vorschlag gebracht.

Das Zentrum hielt gestern seine konstituierende Fraktions-sitzung ab und wählte als Vorsitzenden den Abgeordneten Trimborn. Für den Posten des Vizepräsidenten im Reichstag soll Dr. Bell vorgeschlagen werden.

Die demokratische Fraktion konstituierte sich gestern ebenfalls und wählte Dr. Schiffer als 1. Vorsitzenden, Dr. Petersen als 2. und Erkelenz als 3. Vorsitzenden.

Die unabhängige sozialdemokratische Fraktion beschloß nach eingehender Aussprache über die politische Lage folgende Erklärung:

„Die Fraktion teilt in der Regierungsbildung die Stellungnahme der Parteileitung.“

Zum Programm der neuen Regierung werden die Genossen Lebehour und Henke sprechen. Die Fraktion erhebt entsprechend ihrer Stärke Anspruch auf den Sitz eines Vizepräsidenten, für diesen Posten wird der Genosse Dittmann präsentiert.

Die deutschnationale Fraktion des Reichstags wählte den Parteivorstandenden Staatsminister Dr. Hergt zum Vorsitzenden. Zu seinen Stellvertretern wurden Abgeordneter Schulz-Bromberg, Dr. Düringer und Behrens bestimmt. Zum Geschäftsführer wurde Abgeordneter Schiele wiedergewählt.

Anträge und Interpellationen der U. S. P.-Fraktion

Berlin, 24. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie hat in ihrer gestrigen Sitzung die Einreichung der folgenden Interpellationen und Anträge beschlossen:

„In Thal bei Ruhla in Thüringen sind am 24. März 1920 15 Personen von zeitfreiwilligen Marburger Studenten widerrechtlich verhaftet und in grausamster Weise mißhandelt und ermordet worden. Die Studenten sind vor ein Kriegsgericht gestellt und freigesprochen worden. Wie gedenkt der Reichskanzler dafür zu sorgen, daß die Ermordung von 15 Unschuldigen geahndet wird? Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um die Hinterbliebenen der schuldlosen Opfer zu versorgen? Wie rechtfertigt der Reichskanzler, daß die Zeitfreiwilligen statt vor das ordentliche Gericht vor ein Kriegsgericht gestellt worden sind? Beabsichtigt der Reichskanzler endlich die in der Verfassung verheißene Aufhebung der Militärgerichte herbeizuführen?“

„Der Reichstag verlangt, daß das gegen den Abgeordneten Mittwoch beim Reichsgericht schwebende Strafverfahren und die gegen ihn verhängte Haft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben wird.“

„Der Reichstag verlangt, daß der Ausnahmezustand überall, wo er noch besteht, sofort aufgehoben wird.“

Außerdem werden weitere Anträge betreffs Erlasses einer umfassenden Amnestie, über die Lage der Rentner, über die Ernährung- und Steuerfragen eingebracht.

Belagerungszustand über Ulm.

Stuttgart, 23. Juni. Zur Wiederherstellung der gefährdeten Sicherheit und Ordnung hat das Staatsministerium im Oberamtsbezirk Ulm den Belagerungszustand verhängt. Redakteur Köner von der hauerblinderischen Schwäbischen Tageszeitung ist wegen Aufforderung zum Diebstahl in Nahrungsmitteln an Stuttgart oder sonstige Industriebezirke, in denen Unruhen irgendwelcher Art entstehen sollten, in Schutzhaft genommen worden.

Die Opfer der Unruhen in Württemberg.

Stuttgart, 23. Juni. Bei den gestrigen Unruhen in Ulm wurden, soweit bis jetzt festgestellt, acht Polizeimehrleute zum Teil erheblich verletzt. Auf Seiten der Demonstranten sind fünf Tote zu verzeichnen. Aus Ravensburg werden insgesamt 2 Tote und 20 Verwundete gemeldet.

Der neue württembergische Staatspräsident.

Stuttgart, 23. Juni. In der heutigen Sitzung des Landtages wurde der bisherige Kultusminister Abg. Dr. Hieber mit 52 Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. Der frühere Landtagspräsident Rechtsanwalt Dr. Kraut erhielt die 27 Stimmen des Bauernbundes und der Bürgerparteien. Die Unabhängigen enthielten sich der Abstimmung.

Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen

Berlin, 23. Juni. Die Verhandlungen, die am 21. Juni im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung der Streitigkeiten der Kassenärzte mit den Krankenkassen stattgefunden haben, haben zu einer völligen Uebereinstimmung geführt. Die beiderseitigen Organisationen werden die nötigen Weisungen ergehen lassen, wann der vertragslose Zustand aufgehoben ist.

Der Dolchstoß von hinten.

L. P. Um es vorweg zu sagen: es handelt sich diesmal nicht um den berühmten Ludendorffschen Dolchstoß, der von der „Heimat“ in den Rücken der deutschen Front geführt worden ist, sondern jetzt befindet sich der blinde Stahl in den Händen der Unabhängigen Sozialdemokratie, die die glorreiche Koalitionsfront menschenjünglings niedergeworfen hat. So steht es der Vorwärts fest und so wird es auch den Lesern der rechtssozialistischen Provinzpresse seit dem 6. Juni dargestellt. Wichtige Machtpositionen, so hören wir von dieser Seite, muß die Arbeiterklasse räumen, weil sie durch den Stoß, den die Unabhängigen in ihren Rücken ausführten, unhaltbar geworden seien. Die Verantwortung dafür hätten wir zu tragen. Sehen wir zu, welche „Machtpositionen“ dieser Dolchstoß ins Wanken gebracht hat.

Im November 1918 waren die militärischen und politischen Gewalten des alten Regimes zusammengebrochen. Die Arbeiterklasse befand sich im Besitz der politischen Macht, sie brauchte nur die notwendigen Maßnahmen durchzuführen, um diese Macht dauernd zu befestigen. Die gewaltige Mehrheit des Volkes stand hinter der Revolution, und es galt, sie weiter zu führen bis zu ihrem Ziele: der Verwirklichung des Sozialismus. Welches war damals die Aufgabe einer wirklichen sozialistischen Partei? Die Reste des krieglich zusammengebrochenen Systems zu beseitigen und eine Wirtschafts- und Staatsordnung aufzurichten, die den Interessen des Proletariats, der gesamten werktätigen Bevölkerung entsprach. Von Anfang an haben die Rechtssozialisten diese Aufgabe sabotiert; hatten sie vorher den revolutionären Ausbruch mit allen Mitteln der List und der Gewalt zu unterdrücken versucht, so ging nach dem 9. November ihr Streben dahin, die Auswirkungen der Revolution zu verhindern und die alte arbeitseindliche Wirtschafts- und Staatsverfassung aufs neue zu befestigen. Die Rechtssozialisten bildeten nur notgedrungen mit den Unabhängigen zusammen den Rat der Volksbeauftragten. Die Verbindung mit den bürgerlichen Parteien hatten sie niemals aufgegeben, und auch jetzt bestand ihre Haupt Sorge darin, die bürgerlichen Parteien zur Mitarbeit und zum Wiederaufbau heranzuziehen. Sie förderten alle Unternehmungen, die die arbeitseindlichen Einrichtungen des alten Klassenstaates wiederherzustellen geeignet waren, sie verhinderten jeden Versuch, die Gunst der revolutionären Stunde zu nützen und die Forderungen des Sozialismus zu verwirklichen. So blieb den Unabhängigen Sozialdemokraten schließlich nichts anderes übrig, als aus der Regierung auszutreten und die Arbeiterklasse zum Kampfe gegen das Treiben der Rechtssozialisten aufzurufen.

Kunmehr setzten die Rechtssozialisten ihre gegenrevolutionäre Tätigkeit mit verstärktem Eifer fort. Nach einer Instandspause bildeten sie mit den kapitalistischen Parteien der Demokratie und des Zentrums die Koalition, die bis zum 6. Juni 1920 gedauert hat. Nachdem an diesem Tage die Koalitionspolitik so krieglich zusammengebrochen ist, wurden wir von den Rechtssozialisten aufgefordert, sie erneut fortzusetzen und damit die Verantwortung nicht nur für die Zukunft, sondern auch für die Vergangenheit der Koalitionspolitik zu übernehmen. Mit andern Worten gesagt, die Rechtssozialisten wünschten, daß wir uns an dem Bankrott, den ihre Politik erlitten hat, beteiligen und unsre Kräfte noch in ihre Konkurrenzmasse hineinwerfen sollten. Das mußte selbstverständlich abgelehnt werden.

Was hat denn die von den Rechtssozialisten mit den bürgerlichen Parteien anderthalb Jahre betriebene Koalitionspolitik dem Proletariat eingetragen? Ein Jahr lang war sie gekennzeichnet durch den Roskekurs. Dabei muß festgestellt werden, daß an allen Schandthaten, die im Namen Roskes an der Arbeiterklasse und an der Revolution verübt worden sind, nicht dieser Mann allein schuld ist; die Verantwortung dafür trägt die ganze rechtssozialistische Partei, die unzählige Male ihrem Roske ihr Vertrauen angeschlossen und noch in den Tagen des Rapp-Büsches versucht hat, ihn in der Regierung zu halten. Diese Roske-Politik ist gebrandmarkt durch das Blut von Tausenden erschlagenen Proletariats; gegen sie zeugt der Fluch aller jener Revolutionäre, die in Zuchthäusern, in Gefängnissen, in der Schutzhaft vergraben worden sind. Der Belagerungszustand, die militärische Willkürherrschaft, die Schandurteile der Klassenjustiz bilden ihre äußeren Merkmale.

Was war das übrige Ergebnis der Koalitionspolitik? Eine revolutionäre Erregung nach der andern wurde beiseite getrieben. Die Arbeiterräte wurden ihrer Rechte beraubt; an ihre Stelle setzte man die Betriebsräte, die nach dem Willen der Koalitionsregierung, der bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten nichts anderes sein sollten, als was die alten Arbeiterausschüsse gewesen sind. Der Militarismus, die Bürokratie, die Junkerherrschaft, die Klassenjustiz, alle arbeitseindlichen Einrichtungen des alten Klassenstaats wurden wieder aufgerichtet,

Eine Note der Entente über die Entwaffnung

Berlin, 24. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, ist die Ernennung des neuen französischen Botschafters in Berlin bereits erfolgt. In den eingeweihten Kreisen ist man der Ueberzeugung, daß die bisher geheim gehaltene Wahl nicht auf einen Berufsdiplomaten, auch nicht auf die bisher genannten Kandidaten, sondern auf den General Niehl gefallen ist.

Die Note der Entente betreffend die Entwaffnung als Antwort auf die deutsche Note um Fristverlängerung für das 100 000-Mann-Heer wird in den nächsten Tagen überreicht werden. Sie wird der deutschen Regierung einen Monat weitere Frist zur Herabsetzung des 200 000-Mann-Heeres auf 100 000 Mann gewähren. Sie schließt jede Diskussion über diese Frage in Spa von vornherein aus.

Eine Erhöhung der deutschen Polizeitruppe?

Wesel, 24. Juni. (L. V.) Nach einer Meldung des Temps soll eine in der Entwaffnungsfrage an Deutschland gerichtete Note den deutschen Einsprüchen, insofern Rechnung tragen, als die Erhöhung der Polizeitruppe von 80 000 Mann auf 150 000 Mann gestattet wird.

Abweisung einer deutschen Kommission durch Sowjet-Rußland.

Berlin, 24. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, hat die Sowjet-Regierung vor einiger Zeit das Ersuchen der deutschen Regierung um Zulassung einer Wirtschaftskommission unter der Führung des Staatssekretärs a. D. Dr. August Müller abgelehnt.

Die Steuererhebung der Koalitionsregierung nach den bestehenden Klassen die unbeschränkte Möglichkeit, ihre Vermögen und Einkommen dem Eingriff des Staates zu entziehen; der minderbemittelten Bevölkerung dagegen würde durch eine unausgesetzte Vermehrung der indirekten Steuern und Abgaben, wurde besonders durch das Reichseinkommensteuergesetz der größte Teil der Staatslasten auferlegt. Welcher Segen für die Arbeiterklasse quillt doch allein aus dem Steuerabzug vom Lohn, mit dem in diesen Tagen begonnen wird!

Die beiden kapitalistischen Parteien gaben in dem Koalitionskongress den Ton an, die Rechtssozialisten durften lediglich auf den hegemonischen Instrumenten mitspielen. Jeder Versuch einer wirklichen Sozialisierung wurde verhindert. Während die Arbeiterklasse immer mehr verebbete, konnten die Unternehmer riesenhafte Gewinne einstreichen. Unter dem Aufbau der Wirtschaft verstand diese Regierung nicht etwa die Verwirklichung sozialistischer Forderungen, sondern die völlige Wiederherstellung der Vorrechte der kapitalistischen Mächte.

Diese Koalitionspolitik mußte geradezu zum 13. März, zum Tage des Rapp-Bußes, hinführen. Aber jetzt war doch noch einmal der Zeitpunkt gekommen, wo die Fragen, die im November 1918 aufgeworfen, aber nicht gelöst waren, beantwortet werden konnten. Die Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten stellen ihre acht Forderungen, die die Wiederehr reaktionärer Buße verhindern und Übergangsmassnahmen zur Verwirklichung des Sozialismus vorbereiten sollten. Es muß festgestellt werden, daß bisher nicht eine dieser Forderungen erfüllt worden ist. Die Reichswehr befindet sich noch vollkommen in den Händen der gegenrevolutionären Elemente. Der Belagerungsstand besteht in Bayern bis auf den heutigen Tag, im übrigen Reich ist er nur auf Drängen der Unabhängigen Sozialdemokratie und gegen den Willen der Regierung aufgehoben worden. Die Bußstrafen laufen noch immer straffrei herum. Mit einer wirklichen Sozialisierung ist noch nicht einmal der Anfang gemacht worden. Die Lebensmittelversorgung der arbeitenden Bevölkerung ist so schlecht wie je. Auf den Achskundentag werden von den Mitgliedern der Koalitionsparteien die heftigsten Angriffe gerichtet, die Akkordarbeit soll überall wieder eingeführt, die Löhne sollen abgebaut werden. Infolge der von nationalstaatlichem Geiste besetzten Auslandspolitik der Koalitionsregierung ist es bis heute noch nicht gelungen, zu freundschaftlichen Beziehungen zu den andern Völkern zu kommen. Mit Sowjetrußland haben wir noch immer keinen Frieden.

Und diese Koalitionspolitik sollten wir gemeinsam mit den Rechtssozialisten fortsetzen, sollten an unserm Teil dazu beitragen, daß die revolutionäre Entwicklung auch künftig gehemmt, daß die völlige Wiederherstellung des alten Klassenstaates in noch schnellerem Tempo vor sich gehen soll? Ein glattes Nein konnte nur die Antwort sein.

Für die Arbeiterklasse kann es nur eine Lösung geben: Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats zur Verwirklichung des Sozialismus, härtester Kampf gegen die Reaktion und ihre Verbündeten, gleichviel unter welchem Namen sie auftreten, keine Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien, bei der das Proletariat noch immer der gepöbelte Teil gewesen ist. Nicht die Fortsetzung der Koalitionspolitik, die Weiterführung des rechtssozialistischen Bankrotteufels ist unsere Aufgabe, sondern die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Jede Koalitionspolitik mit dem kapitalistischen Bürgertum muß die Arbeiterklasse verwirren, spalten und schwächen. Im Kampfe gegen den Kapitalismus und gegen die Reaktion ist die Arbeiterbewegung groß geworden und nur im Kampfe gegen die Mächte der Vergangenheit wird die Arbeiterklasse ihr Ziel: die Verwirklichung des Sozialismus, erreichen.

Landesverratsprozeß gegen einen Reichstagsabgeordneten der U. S. P.

Verurteilung trotz zusammengebrochener Anklage.

Das Reichsgericht hat sein Ziel erreicht. Heute tritt der Reichstag zusammen, und gestern hat das Reichsgericht ein Mitglied des Reichstags zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt. Das Reichsgericht wollte die durch das Reichsgericht in den Arm fallen; es wollte unter allen Umständen ein Urteil fällen, bevor der Reichstag die Unterbrechung des Strafverfahrens und die Haftentlassung des Angeklagten beschließen konnte. Mit welchen Mitteln das Reichsgericht dabei vorgegangen ist, wissen unsere Leser bereits aus dem kurzen Vorbericht, den wir am Montag veröffentlicht haben. Wie das Reichsgericht aber zu dem Urteil gekommen ist, das ist ein besonderes Kapitel für sich, das noch eingehend erörtert werden muß. Wir lassen zunächst den Bericht über die Verhandlung folgen, der schon deutlich genug spricht, wie die höchste Justiz in Deutschland heute gegenüber einem Reichstagsabgeordneten der U.S.P. die Rechtsprechung ausübt.

Vor dem 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts hatte sich gestern Reichstagsabgeordneter Genosse Hans Wittwisch aus Königsberg, Redakteur unseres bürgerlichen Parteiblattes, wegen versuchten Landesverrats (§ 89 des Strafgesetzbuchs) und wegen verleumdender Beleidigung (§ 187) zu verantworten. Den Vorsitz führte Senatspräsident Dr. v. Belarqus. Vertreter der Reichsanwaltschaft war Herr Dieck. Als Verteidiger war Genosse Kurt Rosenfeld, Berlin erschienen.

Beim Eintritt in die Verhandlung erklärte der Reichsanwalt, daß er keinen Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit stelle. Die Angaben des Angeklagten wären als erfunden festgestellt worden, und es liege gerade im staatlichen Interesse, öffentlich festzustellen, daß die Angaben völlig unwahr wären.

Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde. Am 22. Oktober 1919 veröffentlichte unser Parteiblatt in Königsberg, Die Freiheit, auf der ersten Seite unter der Überschrift „Aus der Geheimnisse der republikanischen Regierung“ ein angebliches Protokoll über eine Verhandlung vom 3. Juni 1919 im Auswärtigen Amt in Berlin. Das Schriftstück trug den Vermerk geheim; es war mit Atzenzeichen versehen und es hieß, daß von ihm nur zwei Exemplare vorhanden seien, die in den Geheimfächern der Regierung lägen. Nach diesem Protokoll sollte es sich im wesentlichen um eine Unterredung über einen Angriffskrieg gegen Polen und über eine Defensivstrategie gegenüber der Entente gehandelt haben. An ihr sollten ein Oberst Hesse, ein Herr Müller, Herr Rostke (damals Reichswehrminister) und Herr Scheidemann (damals Ministerpräsident) teilgenommen haben. Oberst Hesse sollte gesagt haben, die bedrohliche militärische Lage Deutschlands hätte sich gebessert. Die Munitionsläger seien gefüllt. In den Betrieben würde für die Zwecke des Heeres gearbeitet. Ein An-

auf die Defensiv beschränken. Herr Müller sollte von der Verneinung der alten Dokumente über die Schuld Deutschlands am Kriege gesprochen und gemeint haben, die neuen Dokumente seien fertig, die den Nachweis führten, daß Deutschland keine Schuld am Kriege habe. Es sollte in der Aussprache geltend gemacht worden sein, daß eine Offensive gegen die Polen verfehlt sei. Für Spionagezwecke in den Ententeländern seien 50 Millionen Mark ausgegeben worden. Scheidemann sollte gesagt haben, die deutsche Armee liege bei 800 000 Mann stark. Disziplin und Geist wären gut; dafür habe die Presse gesorgt.

Die in Frage kommende Nummer der Freiheit hatte ein anderer Redakteur verantwortlich gezeichnet. Er war aber zu jener Zeit abwesend von Königsberg gewesen, und Mittwoch hatte das Schriftstück veröffentlicht. Gleich am nächsten Tage gab die Regierung bekannt, daß eine Fälschung vorliege. Mittwoch sah das auch ein, und er gab in der Freiheit auch eine dahingehende Erklärung ab. Am 28. Oktober stellte er sich freiwillig der Justiz, die ihn sofort in Haft nahm. Seit dieser Zeit, also seit nahezu acht Monaten befindet sich der Angeklagte in Untersuchungshaft.

Vor dem Reichsgericht betonte der Angeklagte, der verheiratet und Vater von drei kleinen Kindern ist, daß er nicht die Absicht gehabt habe, das Deutsche Reich zu verraten oder ihm zu schaden. Das Schriftstück sei ihm in Maschinenchrift durch die Post von einem Herrn zugelangt worden, der ihm öfters vertrauliche Dinge mitgeteilt habe, die sich als richtig erweisen hätten. Er habe deshalb keine Ursache gehabt, ihm diesmal nicht zu glauben. Der Inhalt des Schriftstücks erschien ihm glaubhaft. Im Frühjahr hätte er gelesen, es seien Dokumente vernichtet worden. Auch habe er an einer Unterredung mit dem früheren Oberpräsidenten von Ostpreußen, Herrn Winnig, teilgenommen, wo über einen Krieg gegen Polen gesprochen worden sei. Er, Angeklagter, habe Herrn Winnig gesagt, daß seine Partei auf keinen Fall das mitmache. Er habe Herrn Winnig gefragt, ob er denn selber mitgehen wolle, worauf W. geantwortet habe, daß er auf dem Posten bleibe, auf den ihn die Regierung gestellt habe. Er habe nur die Handlungen der Regierung festgestellt und zeigen wollen, daß ja alles so weitergehe wie früher. Er habe sich gegen die Geheimpolitik wenden und der Bevölkerung zeigen wollen, wie es gemacht würde, damit in Zukunft solche Dinge nicht mehr gesehen könnten. Den Namen des Einsenders nenne er nicht. Dieser werde auch getötet werden sein. Daß die Sache glaubhaft erschien, gehe auch daraus hervor, daß andre Parteimitglieder den Artikel nachgedruckt hätten. Das Verhältnis seiner Partei zu den Polen sei ganz klar. In Ostpreußen hätten einige versucht, für Polen Stimmung zu machen. Sie seien nach Warschau gefahren, aber diese Leute seien sofort aus der Partei ausgeschlossen worden.

Genosse Rosenfeld stellte fest, daß eine dieser Personen in Berlin verhaftet habe, die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie zu sprechen. Er sei aber hinausgeworfen worden, da die Partei mit ihm nichts zu tun haben wollte.

Der Vorsitzende machte geltend, daß es Krefle gebe, die eine Verwirrung in Deutschland anrichten wollten, um der Entente Gelegenheit zu geben, in Deutschland einzumarschieren, und um auf diese Weise den Fortgang der Revolution zu erreichen. Der Angeklagte erklärte, daß er eine solche Politik mit Entschiedenheit ablehnt hätte. Weiter wurde angedeutet, ob der Angeklagte vielleicht aus materiellen Gründen das Schriftstück veröffentlicht hätte. Genosse Wittwisch erklärte, daß das ganz ausgeschlossen sei. Er sitze lange Jahre in der Partei und sei zehn Jahre Redakteur.

Verlesen wurden zwei politische Pressstimmen und die Ausführungen des Temps über das angebliche Protokoll. Auch eine Auslassung des Rechtssozialisten Wels am 20. Oktober in der Nationalversammlung über die Veröffentlichung in der Freiheit wurde bekanntgegeben. Herr Wels hatte unter dem lebhaften Beifall seiner Parteifreunde erklärt, etwas Verdächtigeres könne er sich gar nicht denken! Das ganze deutsche Volk sei auf das schwerste geschädigt worden. Als Zeuge wurde zunächst der Untersuchungsrichter von Königsberg vernommen, der mit dem Angeklagten mehrfach ein Verhör vorgenommen hatte. Er konnte aber nichts Wesentliches beibringen.

Genosse Hendemann aus Königsberg sagte als Zeuge, er habe nach Erscheinen des Schriftstücks in der Zeitung den Angeklagten gesagt, daß eine Fälschung vorliege, da er zu der Überzeugung gekommen wäre, daß es sich nicht um ein echtes Protokoll handle, sondern um das Werk eines Spießes der in- oder ausländischen Reaktion. Mittwoch sei aber von der Echtheit des Schriftstücks überzeugt gewesen und er habe dafür seine Gründe geltend gemacht. Mittwoch sei einer der selbstlosesten Männer, von dem nicht angenommen werden könne, daß er aus materiellen Gründen gehandelt habe.

Der Sachverständige Graf Lerchenfeld, den die Anklagebehörde geladen hatte und der im Auswärtigen Amt tätig ist, gab hierauf sein Gutachten ab. Er befandete, daß der Artikel der Freiheit geeignet gewesen sei, weniger eine unmittelbare als eine mittelbare Gefährdung der deutschen Kriegsmacht hervorzuufen. Er, der Sachverständige, sei im vorigen Jahre in polnischen Angelegenheiten tätig gewesen und die Bestrebungen seien darauf gerichtet gewesen, mit Polen in ein nachbarliches Verhältnis zu kommen. Von jedem Kenner habe das Schriftstück als eine Fälschung angesehen werden müssen. Wäre das Schriftstück wahr gewesen, so hätte seine Veröffentlichung dem Deutschen Reich schwerer Schaden können; die Regierung wäre dann in eine unumgängliche Stellung gebracht worden. Die Frage, ob die militärische Macht durch die Veröffentlichung des Schriftstücks besonders hätte gefährdet werden können, komme weniger in Betracht.

Der Reichsanwalt machte gegenüber diesem Gutachten geltend, daß der § 89 des Strafgesetzbuchs nicht nur von einer Gefährdung der deutschen Kriegsmacht ausgehe, sondern daß er auch eine Bestrafung vorsehe, wenn ein Deutscher vorsätzlich während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Wortschub leistet.

Der Sachverständige erwiderte, daß zu jener Zeit, als der Artikel erschienen wäre, tatsächlich der Kriegszustand nicht mehr vorhanden gewesen wäre. In Deutschland, Polen und Frankreich wäre der Friedensvertrag bereits genehmigt worden. Die Gefährdung der deutschen Kriegsmacht sei nur eine mittelbare gewesen.

Hierauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen. In seinem Plädoyer hielt der Reichsanwalt daran fest, daß der Angeklagte schuldig sei auf Grund des § 89 des Strafgesetzbuchs. Es liege versuchter Landesverrat vor. Das Deutsche Reich habe sich damals noch im Kriegszustand befunden; es sei Waffenstillstand gewesen. Das Reichsgericht habe wiederholt dahin erkannt, daß das Anwendungsgesetz des § 89 des Strafgesetzbuchs ein weites sei und auch sein müsse. Es liege wohl ein starker Verdacht vor, daß der Angeklagte schon vor der Veröffentlichung die Unwahrheit des Artikels gekannt hätte. Er wolle aber nicht soweit gehen, denn der Angeklagte mache nicht den Eindruck, daß er persönlich so niederträchtig handeln könne. Doch mit der Möglichkeit müsse gerechnet werden. Der Angeklagte habe ein Stück Weltgeschichte machen wollen, und er hätte sie gemacht, wenn die Tatsachen wahr gewesen wären. Wäre das Schriftstück echt gewesen, dann hätte es erst recht der Angeklagte nicht veröffentlicht dürfen. Bei seinem Verhalten müsse erzwungen werden, daß ein Teil der Unabhängigen Sozialdemokratie von dem Ergebnis der Revolution nicht befriedigt sei, ihre Fortsetzung erstrebe und zu diesem Zweck Verwirrung in Deutschland und einen Einmarsch der Entente wünsche. Das Vorgehen des Angeklagten habe eine Ähnlichkeit mit dem Fall Braß. Der § 89 des Strafgesetzbuchs sei nicht in Anwendung zu bringen; ein Vergehen gegen § 187 sei nicht nachgewiesen. In Betracht komme der § 188 des Strafgesetzbuchs (übige Nachrede). Was das Strafmaß betreffe, so müsse geltend gemacht werden, daß der Verfasser des Artikels selbst mit dem Schicksal des deutschen Volkes gespielt habe. Wärendende Umstände könnten ihm nicht zugerechnet werden. Ehrlose Gewinnung komme aber nicht

Der Reichsanwalt beantragte drei Jahre Festungshaft unter Anrechnung von sechs Monaten Untersuchungshaft, Entziehung auf Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte, Auferlegung der Kosten des Verfahrens mit Ausnahme der Kosten der Vertagung am Montag, die dem Verteidiger des Angeklagten aufzuerlegen seien.

Die Genosse Rosenfeld mit seinem Plädoyer begann, stellte er mit Rücksicht auf die Ausführungen des Reichsanwalts zwei Beweisanträge. Er erklärte, daß die Behauptung des Reichsanwalts über die Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie zu einem eventuellen Einmarsch der Entente unrichtig sei. Hierüber müßten die beiden Vorsitzenden der Partei vernommen werden. Außerpolitische Differenzen empfinde niemand als schädlich in der Partei. Auch der Fall Braß liege völlig anders. Braß habe mit der Entente erst nach ihrem Einmarsch in Frankfurt am Main verhandelt. Braß werde das bekunden.

Der Reichsanwalt trat darauf einen Rückzug an. Den Fall Braß ließ er ganz fallen, auch erklärte er, es sei als wahr zu unterstellen, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, sowie die Fraktion des Eingreifens der Entente nicht wollten. Doch wünschten dies Eingreifen sehr viele Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Der Verteidiger hielt darauf nur noch den Antrag auf Ladung der Vorsitzenden unserer Partei aufrecht, da ja der Reichsanwalt im Falle Braß seine Ausführungen zurückgenommen hatte. Der Gerichtshof lehnte den Antrag ab. Es unterstellte also wahr, daß den beiden Vorsitzenden der Partei nicht bekannt wäre, daß viele Mitglieder das Eingreifen der Entente wünschten.

Genosse Rosenfeld führte nunmehr aus, daß sein Verbrechen vorliege. Der Herr Reichsanwalt habe nicht berücksichtigt, wie der Angeklagte dazu gekommen sei, das Schriftstück zu veröffentlichen. Es hätte zunächst nichts vorgelegen, was ihm zu Bedenken hätte Veranlassung geben können. Das spreche zugunsten des Angeklagten, und es müsse seine Freisprechung erfolgen. Nachteile seien für das Reich nicht entstanden. Auf das Gutachten des Herrn Sachverständigen sei der Herr Reichsanwalt nicht eingegangen. Er habe ausdrücklich gesagt, daß zu jener Zeit tatsächlich ein Kriegszustand nicht vorhanden gewesen wäre. Obektiv sei eine Schädigung des Reichs nicht eingetreten. Der Angeklagte habe nicht das Bewußtsein gehabt, daß er durch seine Handlung der feindlichen Macht Wortschub leistet und dem Deutschen Reich Schaden zugefügt habe. Auch der § 188 sei nicht anzuwenden. Er beantrage die Freisprechung des Angeklagten. Er staunt sei er über die Höhe des Strafmaßes, das beantragt sei. Dies sowie der Antrag, auf Verlust des Reichstagsmandats zu erkennen, gehe über eine Rechtsprechung hinaus, die objektiv sein wolle. Er warne, diesen Weg zu betreten.

Das Urteil lautete auf 2 Jahre Festungshaft unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft. In der nur kurzen Urteilsbegründung hieß es, es sei dem Angeklagten nicht nachgewiesen, daß er in bewusster Weise der feindlichen Macht Wortschub geleistet habe. Der § 89 des Strafgesetzbuchs komme nicht in Frage, wohl aber § 92 Absatz 1. (Nach diesem Paragraphen wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren, bei milderen Umständen mit Festungshaft nicht unter sechs Monaten bestraft, wer vorsätzlich Staatsgeheimnisse, Aktenstücke oder Nachrichten, von denen er weiß, daß ihre Geheimhaltung einer andern Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reichs oder eines Bundesstaats erforderlich ist, dieser Regierung mittelst oder öffentlich bekannt macht.) Eine wissenschaftlich unwarne Beleidigung sei auch nicht anzunehmen. Dem Angeklagten seien mitwärende Umstände zugerechnet worden; deshalb sei auf Festungshaft erkannt worden. Die Kosten des Verfahrens seien ihm auch auferlegt worden. (Zu den Kosten für die Verragung am Montag soll schriftlich Stellung genommen werden.)

Das Urteil ist rechtskräftig, da es eine weitere Instanz nicht gibt. Während in Deutschland reaktionäre Hochverräter massenweise herumlaufen, während wiederholt monarchisch gesinnte Mörder freigesprochen wurden, hat hier die Justiz zugespäckt. Die rechtsstehenden Hochverräter haben die Blutbäder in den Märztagen verschudet, die Mörder haben Menschenleben vernichtet; sie bleiben frei oder werden freigesprochen, aber in diesem Falle, wo nicht der geringste Schaden entstanden ist, soll ein Mann — ein Reichstagsabgeordneter — noch 1½ Jahre der Freiheit beraubt sein. Und das nach einer qualvollen, acht Monate langen Untersuchungshaft. Das ist Gerechtigkeit in der demokratischen Republik. Und wie ist das Urteil zustande gekommen? Acht Monate lang hat die Justiz an der Anklage gebaut. In der Hauptverhandlung brach dieses mühsam errichtete Werk zusammen. Den § 187, auf den sich die Anklage stützte, mußte schon der Reichsanwalt aufgeben; den zweiten Hauptstützpunkt der Anklage, den § 89, ließ der Gerichtshof fallen. Es wäre allein eine einfache Beleidigungsklage übriggeblieben, wie sie häufig gegen Redakteure, die zur Regierung in Opposition stehen, erhoben wird. Sie hätte in keiner Weise die achtmonatige Untersuchungshaft rechtfertigen können. Da griff das Reichsgericht im letzten Augenblick zum § 92 des Strafgesetzes, um den Angeklagten zu einer längeren Freiheitsstrafe zu verurteilen. Dieser Paragraph spricht von Staatsgeheimnissen, Festungsplänen, Urkunden, Aktenstücken oder Nachrichten. Da das Schriftstück weder ein Staatsgeheimnis, ein Festungsplan, eine Urkunde noch ein Aktenstück ist, so hat der Gerichtshof das Schriftstück als Nachricht angesehen. Dieses eine Wort hat dazu dienen müssen, um den Angeklagten zu verurteilen. Acht Monate lang ist an der Anklage gemurmelt worden. Wohl viele Paragraphen sind durchgesehen worden, um Material gegen den Angeklagten zu erbringen. Zweifellos haben alle andern Instanzen den § 92 genau geprüft, ob sie ihn heranziehen könnten. Sie haben es nicht gewagt; selbst der Reichsanwalt, der durch sein Plädoyer bewiesen hat, wie er zu dem Angeklagten, zu seiner Partei, zu diesem ganzen Verfahren steht, hat geglaubt, den § 92 nicht in Anwendung bringen zu können. Allein das Reichsgericht hat zu ihm gegriffen; der Erfolg besteht aus zwei Jahren Festungshaft für den Angeklagten. Ist es nötig, diese Rechtsprechung des Reichsgerichts noch ausführlicher zu charakterisieren? Auch das Verhalten des Reichsanwalts bedarf keiner weiteren Kritik. Er ist vom Verteidiger glänzend abgefertigt worden. Noch ein Wort zu der Rolle, die von den Rechtssozialisten gespielt worden ist. Ihr Organ in Königsberg schrieb sofort über Landesverrat. Die bürgerliche Justiz wurde geradezu veranlaßt, vorzugehen. Und Herr Wels donnerte schon am Tage nach der Veröffentlichung des Schriftstücks in der Nationalversammlung über das verbrecherische Vorgehen der Freiheit. Und seine Parteifreunde stützten Wels. Man vergleiche damit das Gutachten des Sachverständigen. Aber es galt für Herrn Wels, die Unabhängige Sozialdemokratie anzugreifen. Und dabei leistete er erfolgreiche Vorarbeit für die bürgerliche Justiz. Ob Herr Wels und seine Freunde auf den Erfolg stolz sind. Die Angelegenheit ist mit dem Urteil nicht erledigt. Jetzt muß der Reichstag seine Pflicht erfüllen. Er darf sich nicht ausschalten lassen. Er muß darauf sehen, daß alle seine Mitglieder ihren Aufgaben im Parlament nachgehen können, wie es dem Willen der Wähler entspricht. Und der allein ist maßgebend — besonders in einer demokratischen Republik. Das Wort hat also jetzt der —

Deutsche Demokraten.

Während der Tage der Regierungskrise haben die Demokraten gar oft im Brustton vollster Überzeugung erklärt, daß sie unerschütterlich an den demokratischen Grundgedanken und der Republik festhalten. Ja, sie wollten angeblich der Regierung fernbleiben, wenn sich die neuen Blodgenossen von der Stimmens-Partei nicht vorbehaltlos auf den Boden der demokratischen Weimarer Verfassung stellten. Wie es aber in Wirklichkeit, wenigstens bei einem Teil der Demokraten, um diese demokratische Prinzipien-treue bestellt ist, zeigt folgendes:

Der Fränkische Kurier, das Blatt der Demokraten Nordbayerns, kritisiert in einem Artikel die von dem Führer der Demokraten, Dr. Petersen, aufgestellte Forderung nach „vorbehaltloser und unbedingter Anerkennung der Weimarer Verfassung“. Das Blatt meint, Verfassungsänderungen seien durchaus zulässig und deshalb sei jene Forderung — unbedingte und Bekämpfung jeder monarchistischen Valtation. — Es meint, dazu könne niemand gezwungen werden, „der in der Monarchie aus Überzeugung das feste Fundament für die Zukunft Deutschlands“ erblicke. Nach der Ansicht dieses prächtigen demokratischen Blattes besteht die Pflicht der Demokratie darin, sich einem bürgerlichen Sammelblock gegen die Sozialdemokratie anzuschließen. In dem Artikel eines Geheimrats Günther wird die Entzifferung über den Rapp-Putsch als höchstschandlich bezeichnet. Die Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs wird begrüßt und die Vereinerung mit der Deutschen Volkspartei wird befürwortet. Schließlich heißt es: „Wenn unter dem Druck der Zeitlage der geeinte Liberalismus in eine ausgeprägte Oppositionsstellung gegen die Sozialdemokratie und ihre Affilierten gedrängt werden sollte, so wäre das doch das geringste Unrecht.“

Das bayrische Demokratenblatt spricht in diesen Sätzen offen das aus, was zweifellos auch viele, viele deutsche „Demokraten“ in ihrem Inneren denken, aber aus Opportunitätsgründen nicht auszusprechen wagen. Fast alle jene Leute, die sich jetzt als überzeugte Demokraten und Republikaner aufspielen, haben sich mit dem Regime Wilhelms II. ganz gut abgefunden. Für die meisten von ihnen ist die Frage: Republik oder Monarchie? eine reine Zweckmäßigkeitsfrage, die nur danach zu entscheiden ist, welches der beiden Systeme das Geschäft der Profitmacherei am meisten begünstigt. Der Haß gegen den Sozialismus aber ist bei ihnen allen gleich groß.

Deutschnationale Freiheit.

Die Deutsche Zeitung veröffentlicht ein Schreiben des Professors an der Universität Marburg, Dr. Ernst Meißner, das die letzten von uns zitierte Forderung des frommen Reichsboden an Freiheit noch übersteigt. Der Schlichter der Marburger Arbeitermörder verlangt nicht weniger als noch eine belandete Genugtuung für die Besten, die wehrlose Arbeiter wie tolle Hunde niederknallen. Er meint:

„Die Grobverhandlungen gegen unser tapferes Marburger Studentenkorps sind eben zu Ende. Sie haben, wie anders kein Vernünftiger hier erwartet hat, geendet mit bedingungsloser Freisetzung. Die Sache ist damit abgehandelt zu Ende. Jetzt haben unsere Studenten das Wort. Sie würden wohl weitgehen können, wenn sie sicher wären, daß wie ebendort wilde Verleumdungspost, so jetzt bedingungslose Anerkennung in dem Teile der Bevölkerung, der noch das Gefühl für Gerechtigkeit nicht eingebüßt, zu angemessenem Ausdruck gelangt. Gegner, die innerlich freie Menschen sind, werden nicht zögern: so denke ich.“

Anders liegt dies für die Marburger Universität, Lehrer, die teils unmittelbar nach den Thüringer Vorgängen, teils wenig später, jedenfalls bevor ihnen amtliche Feststellungen bekannt waren, geschickt auf privaten Plätzen und mangelhaften Mitteln, wie in Marburg wie in Korbach und in ihrer Partei aufzuführen, lobend in Marburg wie in Korbach und wo nicht, die Leistungen vor Wänden über die Marburger akademischen „Blutbunde“ überhoben. Damit, daß der Sachverhalt jetzt augenblicklich allein dem Studentenkorps aufgeföhrt ist, ist diese Parteifolge nicht erledigt: sie bleibt abgehängt, um so mehr, als sie jetzt in die allgeräuselte Beleuchtung tritt. Unsere Studenten haben von ihnen Herren Genugtuung (eine, die wirklich genügt) zu verlangen, und zwar sofort. Das muß gerade ein Marburger Universitätslehrer der misstrauenden Öffentlichkeit gegenüber sofort nach dem Prozesse aussprechen ohne Rücksicht auf Person oder Amt.

Prof. Ernst Meißner an der Universität Marburg i. S. Diese Schamlosigkeit richtig zu kennzeichnen, fehlen fast die Worte. Das Urteil über die Marburger Arbeitermörder hat nicht nur in Deutschland das gewaltigste Aufsehen erregt und tiefgehende Empörung hervorgerufen. Und da findet ein deutschnationaler Professor noch den Mut, eine besondere Genugtuung für diese Arbeitermörder zu verlangen.

Sie wissen von nichts.

Das Volkliche Bureau bringt folgende Meldung aus Budapest: Die Nachricht, daß General v. Sittich, Oberst Bauer, Major Bishoff und Korvettenkapitän Ehrhardt sich in Budapest aufhalten, ist, wie laut Ung. Telegr.-Bureau amtlich festgestellt wird, vollständig aus der Luft gegriffen. Nur Oberst Bauer hat sich kurze Zeit in Ungarn aufgehalten, ist aber nach wenigen Stunden, unbekannt wohin, weitergereist. Ebenso unrichtig sind alle Gerüchte von einer Erleichterung der Unterstützung der Reise der Obgenannten.

Von den Reaktionen in der ungarischen Regierung wird niemand erwartet haben, daß sie die von Deutschland aus schließlich verfolgten Hochverräter festhält oder gar ausliefer. Die Horthy-Leute werden wohl aber auch von niemandem erwarten, daß er ihrer „amtlichen Feststellung“ etwa Glauben schenkt.

Professurkündigungen gegen den Steuerabzug.

In Breslau hat die Arbeiterkammer am Montagabend durch eine große Demonstration gegen den beabsichtigten Lohnabzug für die Einkommensteuer protestiert. Eine viertausendköpfige Menge schloß sich zu einem Demonstrationsszug zusammen, den die Sicherheitspolizei vergeblich zu zerstreuen versuchte. Mehrere Autos mit bewaffneten Sicherheitsbeamten gingen gegen den Zug vor. Es gelang ihnen aber nicht die Massen auseinander zu bringen. Es wurden Reden gehalten und gefordert, daß von der Maßnahme des Steuerabzuges Abstand genommen wird. — Einen Protestzug gegen den zehnprozentigen Steuerabzug veranfaßte die Professur der Gieswiger Konsolidierten Steinlohnarbeiter unter Vorantragung einer Tafel mit der Aufschrift: „Wir protestieren gegen den zehnprozentigen Lohnabzug“. Wie verlautet, besteht bei der gesamten Gieswiger Arbeiterkammer die Absicht, einen Generalstreik zu inszenieren, wenn dieser Lohnabzug durchgeführt wird. — Im beabsichtigten rheinischen Gebiet haben die Befehlshaber vorläufig den Steuerabzug verboten mit der Begründung, daß ihnen die Anordnungen der deutschen Behörden zu spät mitgeteilt worden seien und sie noch nicht hätten Stellung dazu nehmen können.

Die Notenpresse.

Der Reichsbankausweis der ersten Juniwoche zeigt wiederum ein Anwachen des Papiergeldumschlages. In papiernen Zahlungsmitteln wurden nach 625,3 Millionen beansprucht, so daß jetzt (Noten und Darlehenstauscheine) im ganzen 8420,9 Mill. Mark Papiergeld in Umlauf sind. Davon dürften reichlich die Hälfte, also über 4000 Millionen ins Ausland verschoben worden sein, die dort auf dem Markt geworfen oder zurückgehalten, den Markkurs nicht unwesentlich beeinflussen können. Da für dieses Papiergeld keine Golddeckung vorhanden, also ihre Einlösbarkeit, ihre Umwandlung in Gold nicht gewährleistet ist, muß diese ständige Ananspruchnahme der Notenpresse auf die

Dauer die deutsche Mark entwertet, wenn auch vorübergehend durch Börsenspekulationen und sonstige unkontrollierbare Einflüsse unsere Baluta sich bessert. Das Reichsfinanzministerium sollte endlich einmal seinen Geldbedarf durch Erziehen der Kapitalgeber bedenken und nicht immer wieder zur Notenpresse greifen, die uns nur Bescheinigungen unseres finanziellen Ruins druckt.

900 Prozent Dividende.

F. Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Salzheringsimporteure hielt in Berlin eine außerordentliche Sitzung ab. Den Geschäftsführern wurde Entlastung erteilt. Die vorgelegte Bilanz ergab einen Bruttogewinn von ca. zehn Millionen Mark. Nach Abzug der Unkosten (wovon natürlich allerhand Tantiemen usw. an die Herren Direktoren mitenthalten sind) gelangen

Nebeneinhalb Millionen Mark

an die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft zur Ausschüttung. Es entfällt auf einen Anteil von 10000 Mk. die Kleinigkeit von 90000 Mk., also neunhundert Prozent!

Bei solchen Gewinnziffern brauchen sich die Konsumenten nicht über die hohen Heringspreise zu wundern. Wird die Steuerbehörde auch einen entsprechenden Griff in die Taschen der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft tun?

Der Boykott gegen Ungarn.

Rücktritt der Regierung. — Ein erster Erfolg.

Am Sonntag, 12. Juni nachts, hat der Boykott gegen das Ungarn des weichen Schreckens besonders in Oesterreich mit voller Kraft eingesetzt. Auch aus allen andern europäischen Staaten laufen gleichlautende Meldungen ein. In Oesterreich wird kein Telegramm, kein Telefongespräch nach Ungarn weitergeleitet. Der größte Teil des Bahnverkehrs ist bereits eingestellt. Die östliche Bahnstrecke steht unmittelbar bevor und ist, während diese Zeiten geschrieben werden, wohl schon Tatsache. Beim Internationalen Bureau in Amsterdam sind Meldungen eingelaufen, daß auch die italienischen, französischen und tschechoslowakischen Eisenbahn- und Transportarbeiter alle Maßnahmen zur strikten Durchführung des Boykotts getroffen haben. Der Wiener Kreisarbeiterrat hat am Montag einstimmig eine Resolution angenommen, die besagt, daß er vereint mit allen Arbeiterkreisen Oesterreichs den Boykott mit allen Kräften unterstützen und alles daran setzen werde, um auf diesem Wege die Niederwerfung der blutigen Gewaltherrschaft in Ungarn durchzuführen.

Die bürgerliche Presse versucht natürlich, die Wirkungen des Boykotts als geringfügig hinzustellen. Daß aber der Boykott in Ungarn sehr stark fühlbar wird, geht schon daraus hervor, daß die ungarische Regierung am 23. Juni sich an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam wandte und beteuert, daß die Daten, auf Grund deren der Boykottbeschluß gefaßt wurde, auf Unwahrheiten (1) oder „Missverständnissen“ (1) beruhen. Die ungarische Regierung tue auch weiter alles zur Sicherung der Ordnung und zum Schutze der vollen persönlichen Freiheit (1) jedes Staatsbürgers. Es ist doch geradezu ein Hohn, wenn die Horthy-Regierung, die tausende Proletarier hingerichtet hat, es wagt, eine solche Sprache zu führen. Durch Verbreitung von Lügen ist gegen den Boykott nichts auszurichten. Dazu muß schon eine gründliche Aenderung in der Haltung der ungarischen Regierung gegenüber der Arbeiterkammer und den Eingekerkerten erfolgen und der Anfang zur Abstellung des weissen Schreckens gemacht werden. Auch mit Drohungen ist nichts zu machen, wie sie der ungarische Gesandte Graf v. Wien ausstößt, indem er als Aktion gegen den Boykott scharfe Maßnahmen gegen die ungarischen Gewerkschaften androht. Das alles ist nur ein Beweis dafür, daß der Boykott fruchtig wirksam ist. Ungarn droht mit einem Gegenboykott gegen Oesterreich. Dazu schreibt die Wiener Arbeiterzeitung:

„Wenn man uns plötzlich die Fata Morgana ungarischer Getreideüberschüsse zeigt, so wissen wir sehr gut, daß Ungarn selbst auf Getreideeinfuhr angewiesen ist. Ein deutscher Beweis dafür sind die 1500 für Ungarn bestimmten Waggons Weizen, die in Trieste liegen und jetzt natürlich nicht ihrer Bestimmung zugeführt werden können.“

Die Wirkungen des Boykotts spürt man in Ungarn sehr deutlich, und deshalb greift man zu jedem Mittel, um dagegen anzukämpfen. Die Regierung hatte sich auch an England um Vermittlung gewandt, aber den Bescheid erhalten, England könne sich nur dann an das Internationale Bureau wenden, wenn dies nicht für die Horthy-Regierung gelte. Man empfehle eine Umwidmung des Kabinetts. Und prompt kommt die Meldung aus Wien, daß die ungarische Regierung am 28. Juni demissionieren wird. Für die Lösung der Kabinettskrise stehen zwei Möglichkeiten offen. Entweder übernimmt Apponyi das Kabinet, der dann dem Grafen Andrássy das Portefeuille des Außenwärters und auch alle andern Portefeuilles den fähigsten Männern, über die Ungarn zur Zeit verfügt, ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit anbieten wird. Diese Variante hat jedoch im Hinblick auf den Widerstand des Parlaments wenig Aussicht. Als zweite Möglichkeit käme ein Ministerium Kabinet oder Szabo auf Grund der alten Koalition zwischen den kleinen Landwirten und den Christlich-nationalen in Betracht.

Angeichts dieser kampfhaften Bemühungen Ungarns, sich des Boykotts zu erwehren, behauptet die bürgerliche Presse immer noch, daß der Boykott sich „nur in äußerst geringem Maße fühlbar mache“. In Wirklichkeit schließt sich der proletarische Ring um Ungarn immer enger und wird, wie wir hoffen, unsern ungarischen Brüdern auch Rettung bringen.

Blutiger Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstrationen in Mailand.

Rom, 23. Juni. In Mailand wurde am Dienstag eine Solidaritätskundgebung für die streikenden Eisenbahner veranfaßt. Nachher wollten die Teilnehmer geschlossen ins Stadtinnere ziehen, was die Polizei gewaltam verhinderte. Es gab einen heftigen Zusammenstoß, wobei drei Personen getötet und 40 verwundet wurden. Nachts stellten Patrouillen mit Panzerwagen die Ordnung auf den Straßen wieder her. Für den Tag der Beerdigung der Getöteten wurde der Generalstreik erklärt.

Mailand, 23. Juni. Trotz dem gegenteiligen Beschluß der sozialdemokratischen Vertrauensleute herrscht in der ganzen Stadt der Generalstreik. Die anarchistischen Elemente haben heute morgen die Stadtausgänge besetzt und die Straßenbahnen zur Umkehr in die Halle gezwungen. Die Fabrikarbeiter konnten infolgedessen ihre Arbeitsstätten nicht erreichen. Der Eisenbahnerausstand dauert an.

Ein Angebot Krassins an die Tschecho-Slowakei.

Brag, 21. Juni. Das Tschecho-Slowakische Vorkriegsbureau erzählt: Der Chef der russischen Mission Krassin hat an den Minister des Auswärtigen Benes ein Schreiben gerichtet, in dem er anbietet, in welcher Art es möglich wäre, sofort wirtschaftliche Beziehungen anzuknüpfen und was für Waren aus der Tschecho-Slowakischen Republik nach Rußland ausgeführt werden könnten. Dem Briefe liegt ein sehr detailliertes Verzeichnis aller Fabrikanten und Waren bei, mit denen Handel getrieben werden könnte. Die Tschecho-Slowakische Regierung beschloß, in den nächsten Tagen einen Fachminister nach London zu senden, der über konkrete Fragen ein endgültiges Abkommen mit Krassin schließen würde.

Deutschland.

Fortsetzung der Koalitionspolitik in Weimar.

Der anhaltische Landtag bildete nach langer Beratung die neue Regierung. Der bisherige mehrheitlich sozialistische Staatsratspräsident Dellk wurde einstimmig wiedergewählt. Die bisherige Koalition zwischen den Demokraten und Mehrheitssozialisten bleibt bestehen. Ein Antrag der Rechten auf zwei Staatsratsämter wurde abgelehnt. Die Opposition der Rechten und der Unten rückte nach der vorliegenden Meldung der Regierung ihre sachliche Mitarbeit zu.

Zur Regierungsbildung in Gotha.

Nach den letzten Landtagswahlen besteht in Gotha eine bürgerliche Mehrheit von einer Stimme im Landtage. Die Unabhängige Sozialdemokratie lehnt daher die Beteiligung an der Regierungsbildung ab, ebenso die Vertretung im Präsidium des Landtages. Da eine leistungsfähige Regierung aus dem Parlament selbst kaum gebildet werden kann, denkt man an die Berufung eines Beamtensabinetts. Inzwischen dauert die Zwangsverwaltung durch den Reichskommissar Holle fort.

Aus Nordschleswig.

Die preussische Justizverwaltung in der ersten Zone ist am Montag von der dänischen Verwaltung übernommen worden. Ebenso wurden die Marineanlagen in Sonderburg den Dänen übergeben. Die Internationale Kommission hat für Sonderburg ein neues kommunales Wahlsystem angedeutet, das die Wählerzahl von 4500 auf 2200 herabdrückt. Aus Sonderburg wird auch über fortgesetzte erfolgreiche Anwesenheit von Deutschen berichtet.

Deutsch-polnische Verhandlungen über die „Korridorfrage“.

In Warschau wird eine Sitzung über die Korridorfrage abgehalten, an der die Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Reichsverkehrsministeriums, des Eisenbahnbepollmächtigten, die deutschen Reichskommissare aus Allenstein und Marienwerder und Vertreter der polnischen Regierung teilnehmen. Die polnische Regierung hat ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Durchführung der Abstimmungsarbeiten durch den Korridor mit einer genügenden Anzahl von Zügen erklärt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Montenegro von südslawischen Truppen besetzt.

Unmittelbar nachdem Antivari, Dulcigno und die ganze Küste Montenegros durch die Italiener geräumt worden ist, haben die südslawischen Truppen das geräumte Gebiet besetzt. In Montenegro befinden sich jetzt keine fremden Truppenabteilungen mehr.

Neue Erfolge der irakischen Nationalisten.

Nach Meldungen aus Konstantinopel gewinnen die nationalistischen Streitkräfte in Anatolien an Boden. Die Streitkräfte Mustafa Kemals haben Ismid umgangen und Suabze besetzt. Die Regierungstruppen ziehen sich in der Richtung nach Alembagh zurück.

Vom englischen Militarismus.

Der vom englischen Kriegsamt veröffentlichte Vorschlag für 1920/21, der eine Ausgabe von 125 Millionen Pfund für eine Streitmacht von 333 632 Offizieren und Mannschaften ausschließt, des Heeres in Indien vorzieht, gibt u. a. folgende Einzelheiten über die Verteilung der Streitkräfte im Ausland: Rheinland 16 074 Mann, Konstantinopel 22 845 Mann, Mesopotamien 32 068 Mann, Palästina 28 014 Mann, Mesopotamien 70 603 Mann.

Auflösung des dänischen Reichstages. Der dänische Reichstag wird am 6. Juli aufgelöst werden. Die Neuwahlen sind auf den 6. Juli festgesetzt.

Amerikas Küstungen zur See. Nach einer Havasmeldung aus Washington kündigt das Marinedepartement die Bildung eines besonderen Geschwaders am Panamakanal für die Küsten von Mexiko und Zentralamerika zum 1. Oktober an.

Die Militärbedienstigten in Norwegen. Die beiden norwegischen Kammern haben einer Entschlebung ausgemittelt, nach der der obligatorische Militärdienst für 1920 auf eine Frist von 166 Tagen beschränkt wird.

Abberufung des Sowjet-Gesandten in den Vereinigten Staaten. Amtliche Stellen sind benachrichtigt worden, daß die Sowjetbehörden ihren bolschewistischen Gesandten für die Vereinigten Staaten, Martens, zurückberufen haben.

Gompers wieder Präsident des amerikanischen Arbeiterbundes. Vom Kongress des Arbeiterbundes wurde Gompers einstimmig wieder zum Präsidenten des Bundes gewählt.

Der amerikanische Arbeiterbund für den Völkerverbund. Nach einer stützlichen Sitzung sprach sich der amerikanische Arbeiterbund vorbehaltlos zugunsten des Völkerverbundes aus.

Englische Truppenbewegungen nach der Türkei. Reuter meldet aus Malta: Ein Bataillon Infanterie wird in größter Eile nach Konstantinopel abbeordert. Ein Kreuzer und alle verfügbaren Zerstörer fahren ebenfalls in östlicher Richtung ab.

Von Nah und Fern.

Explosion eines Munitionslagers.

Maria, 23. Juni. Ein großer Teil des Artilleriemunitionslagers Unterborn an der Strecke Mainz-Wingen ist heute nacht in die Luft geflogen. Das Ueberbleibsel der Explosion auf weitere Teile des Lagers wurde von französischen Soldaten verhindert. Hierbei fand der Adjutant des 100. französischen Infanterieregiments den Tod. Der Zugverkehr, der auf einige Stunden über andre Strecken umgeleitet werden mußte, wurde heute früh wieder aufgenommen.

Abgeklärtes Flugzeug.

Amsterdam, 22. Juni. Wie aus Benlo gemeldet wird, klärte ein Flugzeug, das Restambilletts ausstrich, auf das Dach eines Hauses ab. Die Insassen, zwei Herren und eine Dame, wurden zerschmettert. Das Flugzeug ist vollständig verbrannt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Diebner in Leipzig.
Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Friedrich Willert, Rindorfer-Verlag.
Druck und Verlag: Leipziger Nachrichten-Verlagsanstalt, Leipzig.

Sie Deine
Gros-Spende
für die **Volkshilfe**
dem Deutschen Schulbund
Annahmestelle:
Banken, Sparkassen, Postkonten 73 776.
Hühneraugen?
Da hilft nur AUSTRI, das altes bewährte Mittel. Auch gegen Schwielen, Hornhaut u. Warzen mit bestem Erfolge anzuwenden. Pr. 2,50.
In allen Apotheken u. Drogerien erhältlich. Könia Salomo-Apothek.

Diese Nummer umfasst 16 Seiten.

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Böhm-Ehrenberg. Freitag, den 25. Juni 1920, abends 7 1/2 Uhr, **Mitgliederversammlung** in der **Großen Gasse**. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. **Wolfs**: Die politische Lage. 2. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet. **Der Vorstand.**

K. P. D.

Mitglieder-Versammlungen:

Bezirk Südosten: Freitag, den 25. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Restaurant **Stadt Hof**, Sofer Straße. Die Mitglieder-Versammlungen finden jetzt jeden Freitag statt.

Bezirk Zentrum-Süden: Freitag, den 25. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Restaurant **Erholung**, Brüderstraße. Tagesordnung: Die Diktatur des Proletariats.

Modau-Thella: Jeden Montag abends 7 Uhr, **Nouor Gasthof**, Modau.

Betriebsräte, Ersahleute und Redner: Sonnabend, den 26. Juni, nachmittags 5 Uhr, Restaurant **Gutenberg**, Johannisstraße.

Dölzig: Freitag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, **Öffentliche Einwohnerversammlung** im **Gasthof Goldner Hirsch**. Tagesordnung: Der Ausfall der Reichstagswahlen u. die politische Lage. **Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) Ortsgruppe Leipzig.**

K. A. P. D.

Morgen Freitag, abends 7 Uhr, im **Nickau-Ausshank**, **Gohlis**, **Öffentliche Versammlung**. Tagesordnung: Was will die kommunistische Arbeiter-Partei. Referent: **Genosse Földen-Berlin**. Freie Aussprache. — Zahlreiches Erscheinen wünschenswert. **Die K. A. P. D. Leipzig.**

Kupferschmiede

Sonnabend, den 26. Juni 1920, abends 6 Uhr

Versammlung

im **Volkshaus**, Zimmer 9.
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist Pflicht. **Der Vorstand.**

Töpfer!

Sonnabend, den 26. Juni 1920, abends 7 1/2 Uhr

Versammlung

im **Volkshaus**, Zeißer Straße 32.
Tagesordnung:
1. Bericht von der Konferenz der **Technischen Landeskommmission**. 2. Wiederaufbau des **Volkshauses**.
3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet. **Der Vorstand.**

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turnvereine

L.-Eutritzsch. Turnverein **Vorkwärts**. Freitag, den 25. Juni, abends 7 1/2 Uhr, **Salbjahres-Generalsversammlung** im **Vindenhof**. Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Anträge. 3. Unser Schauturnen. 4. Verschiedenes. (Zu 2: Antrag des Turnrates: Erhöhung der Mitgliedsbeiträge.) Anträge sind bis 5. Juli schriftlich beim Vorstand einzureichen. **Der Turnrat.**

L.-Thonberg. Freie Turnerschaft **Süd-Ost**. Sonnabend, den 26. Juni, gemeinsamer **Abend-Ausflug** nach **Südhausen**. Dort selbst **Wochen-Versammlung**. Nachdem: **Gesellige Unterhaltung**. Treffpunkt 6 Uhr a. Vorplatz, **D. S.**

L.-Kleinjochter. Turnverein. Sonntag, den 27. Juni, **Schauturnen** sämtlicher **Abteilungen** auf der **Schloßwiese**. Zahlreiche Beteiligung erwartet. **Der Turnrat und Vorturnerschaft.**

Knautzleeberg. Turn- und Sportverein. **E. S.** Freitag, den 25. Juni, abends 7 1/2 Uhr, **General-Versammlung** im **Restaurant Germania**. Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Neuwahlen. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Wahren. Turnverein. Freitag, 25. Juni, abends 7 1/2 Uhr, **Vereins-Versammlung** bei **Trabitzsch**. Sehr wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller ist Pflicht.
Sonntag, den 27. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, **Wettspiel**: **Wahren I - Modern I**, Fußballplatz **Wahren**. **Der Turnrat.**

Marxkränzd. Freie Turnerschaft. **E. S.** Sonnabend, den 26. Juni, abends 7 Uhr, zur Erinnerung an die 10-jährige **Turnhallenweih**, **Gemeinliches Beisammensein** in der **Turnhalle**. Es ladet alle Mitglieder nebst Angehörigen ein. **Der Turnrat.**

Borsdorf. Freie Turnerschaft. Sonnabend und Sonntag **Bannerweihe** und **Schauturnen**. Sonnabend 7 Uhr: **Kommers** im **Kolosschlösschen**. Sonntag: **Umszug**, **Schauturnen**, **Ball**.

Blagwitz-Schleußig. Turngemeinde. **Fußball-Abteilung**. Sonntag, den 26. Juni, **1. großes Stiftungsfest**. Konzert, sportliche und theatralische Darstellungen. **Großer Festball**. Einlaß 7 1/2 Uhr. Anfang 9 1/2 Uhr. **Freunde und Gönner des Sports** ladet ein **D. S.**

Arbeiter-Schwimm-Berein

Sonnabend, den 26. Juni 1920, abends 7 1/2 Uhr, **Salbjahres-Versammlung** im **Restaurant Alte Nr. 1**, am **Döhlitz**. Tagesordnung: Protokoll, Geschäftsbericht, Antrag des Vorstandes. Alle über 18 Jahre alten Mitglieder müssen mindestens 20 Stück **Guthscheine** abnehmen. — Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung müssen alle Mitglieder anwesend sein. **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Maschinisten u. Feizer

Wie Berufsgenossen
Zahlstelle Leipzig

Sonnabend, den 26. Juni 1920, abends 7 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im **Gesellschaftssaal des Volkshauses**. Tagesordnung:
1. **Erwerbslosenfrage** und **Erwerbslosenversicherung**. Ref.: **Gen. Brunert**.
2. **Aussprache** über den zweiten **Anstellendenposten**.
3. **Gewerkschaftliches**.
Zahlreiches Erscheinen erwartet. **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Angestellten, Bez. Leipzig

Der für morgen, Freitag, den 25. ds. Mts., angelegte **Informations-Abend** fällt umständehalber aus.

Zentral-Verband der Maschinisten u. Feizer
Wie Berufsgenossen
Zahlstelle Leipzig
Sonnabend, den 26. Juni 1920, abends 7 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im **Gesellschaftssaal des Volkshauses**. Tagesordnung:
1. **Erwerbslosenfrage** und **Erwerbslosenversicherung**. Ref.: **Gen. Brunert**.
2. **Aussprache** über den zweiten **Anstellendenposten**.
3. **Gewerkschaftliches**.
Zahlreiches Erscheinen erwartet. **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Angestellten, Bez. Leipzig
Der für morgen, Freitag, den 25. ds. Mts., angelegte **Informations-Abend** fällt umständehalber aus.

KAUF HAUS
BRÜHL
Lebensmittel
Vollreis, Rangoon Pfund 5.75
Vollreis, Patna Pfund 6.00
Haferflocken Pfund 2.35
Bohnen, weiße handverl. Rangoon Pfund 1.35
Erbsen, grüne Pfund 1.90
Erbsen, gelbe, halbe gesch. Pfund 2.40
Wicken Pfund 1.50
Speise-Salz ... Pfd. 30 10 Pfd. 2.75
Deutsche Seifen
K. A. Seife 100-Gramm-Doppelstück 40 100-Gramm-Doppelstück 4.00
Reine Rasierseife 50-Gramm-Doppelstück 2.00 Reine Kernseife 140-Gramm-Doppelstück 9.00
Deutsche Sicherheits-Zündhölzer ... Paket 3.50

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter
Sonntag, 27. Juni 1920, vormittags 10 Uhr im **Volkshaus**
Mitglieder-Versammlung
sämtlicher Filialen von Leipzig und Umgebung
Tagesordnung:
1. **Bericht über den Entscheid der Reichsaufsichtsbehörde** betreffs des Übertritts der Mitglieder der ehemaligen Schlosserkasse zu Leipzig.
2. **Stellungnahme zur diesjährigen Generalversammlung in Stuttgart** und Stellung von Anträgen hierzu.
In Anbetracht der Wichtigkeit der Versammlung erwarten alle Ortsverwaltungen, daß die Mitglieder ihrer Filialen zahlreich erscheinen.
Die Ortsverwaltungen Leipzigs u. Umgebung.

Betriebsräte
die für ihre Kollegen den **Brennholzbedarf** eindecken beabsichtigen, empfehlen wir, denselben jetzt vorzunehmen, da augenblicklich die günstigste Zeit für Lieferung sofort möglich. Off. unt. R. 69 an die Exp. d. Bl.

Versteigerung!
Morgen Freitag, vorm. 10 Uhr versteigere ich **Leipzig, Bosestr. 9 (Künstlerhaus)** im freiwilligen Auftrage des Eigentümers einen Posten Möbel pp: 1 neues eichenes Speisezimmer, 1 neues eichenes Herrenzimmer, 1 neue Leder- und 1 Gobelin-Klubgarnitur, 2 neue Klubsessel, 1 Frisier-toilette, 1 eich. Serviertisch, 1 Rollpult, 1 Mah.-Büfett, div. Auszugstische, mehr. runde u. ovale Tisch, div. Veranda- und Gartenmöbel, 1 feine Rohrgarnitur, 2 Strandkörbe, 1 Ruderapparat, mehr. Aufl.-Matr., 1 große Flurgarderobe, 4 Lederstühle, eine Anzahl neue weiß. eis. Bettstellen m. Sprungfedermatr., div. Spiegel, 1 Sofa, 1 Vertiko, 1 Trumeaux, mehrere Kinderpulte, 1 Bettst. m. Matr. 1 Waschmaschine u. v. and. Kleinmöb. u. Hausger., 1 Eisschr., 1 gr. Vogelkäf. sowie fernor: 1 groß. Stoffregal, 1 autom. Ausschalter f. elektr. Licht, ein groß. Post. feine Schuhr., 6 Partio Slogellaok, 10 Gros Krawattenhalter, ein Posten Zigarren, ca. 100 Alpack-Zigaretten-Etuis. Besichtigung 3 Stunden vorher daselbst.
Paul Huhn, Versteigerer und Schätzer.
Leipzig, Gottschodstr. 21 u. Bosestr. 9, Tel. 12219.

Abonnenten berücksichtigen bei Euren Einkäufen die Inserenten der Leipziger Volkszeitung.

Sozialist. Proletarierjugend Groß-Leipzig.
Sonnabend, den 26. Juni 1920
Sonnenwendfeier
auf dem **Deutscher Sportplatz hinter dem Deutschen Bahnhof**.
Gemeinsamer **Abend** abends 7 1/2 Uhr vom **Königsplatz**. Beginn der Feier um 9 Uhr.
Alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen sind mit ihren Angehörigen eingeladen.
Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut.

Gegen **Haarausfall** Schuppen, Dünne, Haarausfall
ist
Heilemanns Haarwalsam
ein anregendes, unbedenkliches Mittel.
Ein Versuch überzeugt Sie! Preis 8.— Mk.
Verkauf u. Vert.: **Bayerischer Platz**, Ecke **Nikolaistr.**
Institut für Haarleiden.

Kamillen
Ist wie künstliche Arznei- u. Heilkräuter taufen
Eichhorn & Vogel
P. Schleußig, Mühlstr. 12.
Annahme im Hof.
Kammerherr Wagner
Wohnung **Genossenschaft 11, S. 1**
Wadewig
Windmühlen-
straße 1, **Kauf**
neben **Hörka**
Tel. 15475
**Herren- und Damen-
Garderobe**
aller Art, Anzüge, Jacketts, ein. Damen, Jacketts, Westen, Gehrock, Smoking, Cutaway, Zylinderhüte, Hüte, Säcken, Wäsche, Reih-Schneide und Maßschneiderei.

Saut, Geisler & Co.
u. **Boenke**, vorm. **Werner Schöne**
behand. **Dr. med. Dori**, nicht approbiert. **Witzl**, naturwiss. **Gesellschaft Leipzig**, **Wappenstein**, S. Sprechst. von 8-2 u. 4-8 Uhr.

SPRACHLOS!
Ist meine Rundschau über meine billigen Preise
Fahrrad-Gummi
In Fabrikate
2 Decken und 2 Schläuche
Mk. 2.76.—
Fahrräder, Gum. 700 mm.
Reparaturen in eigener
aroh. Werkstatt von u. bis
FABUD, — 40 —
Fahrrad-Zentrale.

Billiger Verkauf!
Blusen und Röcke
P. Schmitz, **Nikolaistr. 5**, **Spaack Hof**
Durchgehend geöffnet!

Durch den großen Preisrückgang in Leder
billige Schuhwaren
Kinderstiefel, braun Rindleder, 25/26 60.— Mk.
Kinderstiefel, braun Rindleder, 27/30 82.— Mk.
Kinderstiefel, braun Rindleder, 31/35 95.— Mk.
sowie sämtl. andre Schuhwaren um zirka 100% billiger
Anfertigung nach Maß sowie Reparaturen zu bill. Preisen. Auf jede Reparatur kann gewartet werden
H. Grönke, Leipzig, **Kirchstraße 55**

Familien-Nachrichten

Sierdurch allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 22. Juni, nachts 11 Uhr, mein treuer, geliebter Gatte, unser lieber Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der **Lebstarbeiter Karl Friedrich Hoppe** nach langem schwerem Krankenlager sanft entschlafen ist.
L. Connewitz, **Wiedemannstraße 45, I.**
Frau Emilio verw. Hoppe nebst Kindern **Familie Kunze**.
Die Beerdigung findet am **Sonnabend, 26. Juni**, nachmittags 2 Uhr, vom **Trauerhause** aus statt.

Nachruf. Wohllich und unerwartet traf uns die traurige Nachricht, daß unser lieber Kollege und langjährige Mitarbeiter, der **Graveur Franz Müller** sanft entschlafen ist. Wir betrauern in ihm einen Kollegen, welcher jederzeit mit uns Schulter an Schulter im schweren Existenzkampf gestanden hat.
Leicht sei ihm die Erde!
Gesamtpersonal der Firma Max Oran, Gravieranstalt.

Eintritt frei. **Wien**, den 20. Juni, abends 8 Uhr, **Donnerstag**, den 1. Juli, **Freitag**, den 2. Juli, **Sonntag**, den 4. Juli, **Montag**, den 5. Juli, **Dienstag**, den 6. Juli, **Mittwoch**, den 7. Juli, **Donnerstag**, den 8. Juli, **Freitag**, den 9. Juli, **Sonntag**, den 11. Juli, **Montag**, den 12. Juli, **Dienstag**, den 13. Juli, **Mittwoch**, den 14. Juli, **Donnerstag**, den 15. Juli, **Freitag**, den 16. Juli, **Sonntag**, den 18. Juli, **Montag**, den 19. Juli, **Dienstag**, den 20. Juli, **Mittwoch**, den 21. Juli, **Donnerstag**, den 22. Juli, **Freitag**, den 23. Juli, **Sonntag**, den 25. Juli, **Montag**, den 26. Juli, **Dienstag**, den 27. Juli, **Mittwoch**, den 28. Juli, **Donnerstag**, den 29. Juli, **Freitag**, den 30. Juli, **Sonntag**, den 1. August, **Montag**, den 2. August, **Dienstag**, den 3. August, **Mittwoch**, den 4. August, **Donnerstag**, den 5. August, **Freitag**, den 6. August, **Sonntag**, den 8. August, **Montag**, den 9. August, **Dienstag**, den 10. August, **Mittwoch**, den 11. August, **Donnerstag**, den 12. August, **Freitag**, den 13. August, **Sonntag**, den 15. August, **Montag**, den 16. August, **Dienstag**, den 17. August, **Mittwoch**, den 18. August, **Donnerstag**, den 19. August, **Freitag**, den 20. August, **Sonntag**, den 22. August, **Montag**, den 23. August, **Dienstag**, den 24. August, **Mittwoch**, den 25. August, **Donnerstag**, den 26. August, **Freitag**, den 27. August, **Sonntag**, den 29. August, **Montag**, den 30. August, **Dienstag**, den 31. August, **Mittwoch**, den 1. September, **Donnerstag**, den 2. September, **Freitag**, den 3. September, **Sonntag**, den 5. September, **Montag**, den 6. September, **Dienstag**, den 7. September, **Mittwoch**, den 8. September, **Donnerstag**, den 9. September, **Freitag**, den 10. September, **Sonntag**, den 12. September, **Montag**, den 13. September, **Dienstag**, den 14. September, **Mittwoch**, den 15. September, **Donnerstag**, den 16. September, **Freitag**, den 17. September, **Sonntag**, den 19. September, **Montag**, den 20. September, **Dienstag**, den 21. September, **Mittwoch**, den 22. September, **Donnerstag**, den 23. September, **Freitag**, den 24. September, **Sonntag**, den 26. September, **Montag**, den 27. September, **Dienstag**, den 28. September, **Mittwoch**, den 29. September, **Donnerstag**, den 30. September, **Freitag**, den 1. Oktober, **Sonntag**, den 3. Oktober, **Montag**, den 4. Oktober, **Dienstag**, den 5. Oktober, **Mittwoch**, den 6. Oktober, **Donnerstag**, den 7. Oktober, **Freitag**, den 8. Oktober, **Sonntag**, den 10. Oktober, **Montag**, den 11. Oktober, **Dienstag**, den 12. Oktober, **Mittwoch**, den 13. Oktober, **Donnerstag**, den 14. Oktober, **Freitag**, den 15. Oktober, **Sonntag**, den 17. Oktober, **Montag**, den 18. Oktober, **Dienstag**, den 19. Oktober, **Mittwoch**, den 20. Oktober, **Donnerstag**, den 21. Oktober, **Freitag**, den 22. Oktober, **Sonntag**, den 24. Oktober, **Montag**, den 25. Oktober, **Dienstag**, den 26. Oktober, **Mittwoch**, den 27. Oktober, **Donnerstag**, den 28. Oktober, **Freitag**, den 29. Oktober, **Sonntag**, den 31. Oktober, **Montag**, den 1. November, **Dienstag**, den 2. November, **Mittwoch**, den 3. November, **Donnerstag**, den 4. November, **Freitag**, den 5. November, **Sonntag**, den 7. November, **Montag**, den 8. November, **Dienstag**, den 9. November, **Mittwoch**, den 10. November, **Donnerstag**, den 11. November, **Freitag**, den 12. November, **Sonntag**, den 14. November, **Montag**, den 15. November, **Dienstag**, den 16. November, **Mittwoch**, den 17. November, **Donnerstag**, den 18. November, **Freitag**, den 19. November, **Sonntag**, den 21. November, **Montag**, den 22. November, **Dienstag**, den 23. November, **Mittwoch**, den 24. November, **Donnerstag**, den 25. November, **Freitag**, den 26. November, **Sonntag**, den 28. November, **Montag**, den 29. November, **Dienstag**, den 30. November, **Mittwoch**, den 1. Dezember, **Donnerstag**, den 2. Dezember, **Freitag**, den 3. Dezember, **Sonntag**, den 5. Dezember, **Montag**, den 6. Dezember, **Dienstag**, den 7. Dezember, **Mittwoch**, den 8. Dezember, **Donnerstag**, den 9. Dezember, **Freitag**, den 10. Dezember, **Sonntag**, den 12. Dezember, **Montag**, den 13. Dezember, **Dienstag**, den 14. Dezember, **Mittwoch**, den 15. Dezember, **Donnerstag**, den 16. Dezember, **Freitag**, den 17. Dezember, **Sonntag**, den 19. Dezember, **Montag**, den 20. Dezember, **Dienstag**, den 21. Dezember, **Mittwoch**, den 22. Dezember, **Donnerstag**, den 23. Dezember, **Freitag**, den 24. Dezember, **Sonntag**, den 26. Dezember, **Montag**, den 27. Dezember, **Dienstag**, den 28. Dezember, **Mittwoch**, den 29. Dezember, **Donnerstag**, den 30. Dezember, **Freitag**, den 31. Dezember.

Aus dem Stadtverordnetenrat.

Öffentliche Sitzung am 28. Juni.
Eine Eingabe wegen Wiedereröffnung des Volksbrausebades L. Nord macht Stadtd. Herze (Unabh.) zur seinigen. — Eine Eingabe des Stadtdirektors wegen Einziehung in die Befolgsordnung macht Stadtd. K. R. (Unabh.) zur seinigen. — Schumann Körner in L. Schönfeld bittet um Wiedereinstellung in städtische Dienste. Stadtd. Liebmann (Unabh.) macht die Eingabe zur seinigen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung geht der Vorsteher Seger auf die Beschwerde des Stadtd. Jeremias zu, der gegen den Zwischenruf des Vorstehers Polender in der vorigen Sitzung ein. Eine Nachprüfung der Protokolle habe ergeben, daß eine Urkunde zum Eingreifen nicht gegeben sei, da eine Beleidigung nicht gefallen und das Protokoll korrigiert worden sei.
Stadtd. Jeremias (dnat.) erklärt, daß sich seine Ausführungen nur auf die Darstellung des Stadtd. Liebmann bezogen habe. Vizevorsteher Polender hat den Eindruck, daß der Vorredner mit seiner Darstellung nicht viel Gläubige im Saale gefunden habe. Als Vorsteher der Sitzung vom 9. April habe er sich nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet gefühlt, darauf hinzuweisen, daß die Äußerung tatsächlich gefallen sei, daß eine unzulässige Korrektur des Stenogramms vorliege und daß weitere Worte nachträglich gestrichen worden seien. Ueber diesen Tatbestand helfe auch die stiftliche Entlastung des Herrn Jeremias nicht hinweg.

Die Sonntagsruhe im Freizeigewerbe.
Die Freizeigehilfen fordern in einer Eingabe die Sonntagsruhe für ihr Gewerbe.
Stadtd. Scheib (Unabh.) beantragt, die Eingabe dem Räte zur Berücksichtigung zu überweisen. Eine Ablehnung sei nur im Interesse der Unternehmer. Die Freigabe eines halben Wochentages erfolge jetzt nur nach dem Belieben des Unternehmers.
Stadtd. Hagen (Rechtsj.) unterstützt den Antrag Scheib. Im Lebensmittelgewerbe sei die Sonntagsruhe nach diesem Widerstreben doch auch durchgeführt worden. Ein freier Tag in der Woche könne den Sonntag nicht ersetzen.
Stadtd. Volkerhof (Mittelf.) spricht gegen den Antrag. Der Beruf sei mit andern Gewerben nicht zu vergleichen, da weder auf Vorrat noch nachgearbeitet werden könne. Es werde dadurch das Gewerbe gehindert und nur den Wüßern geholfen.
Stadtd. Börner (dnat.) meint, die Geschäftsinhaber könnten die Einnahme nicht entbehren, aber sie müßten die Gehilfen entlassen. Dann wären zwar Sonntags die Läden geschlossen, aber es würden sich Gehilfen finden, die auf eigene Faust zu den Kunden kämen.
Die Eingabe wird mit 26 gegen 27 Stimmen dem Räte zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Verstädtlichung des Schmiedlegergewerbes.
Gefordert wird ein Zuschlag von 200 Prozent auf die Taxen. Dazu haben die Ausschüsse beantragt, den Rat um eine Vorlage um Verstädtlichung des Schmiedlegergewerbes zu ersuchen und die Eingabe des Schmiedlegerehrmeisters Eichardt dem Räte als Material zu überweisen.
Stadtd. Börner (dnat.) beantragt namentliche Abstimmung über die Verstädtlichung.
Stadtd. Volkerhof und Jeremias sprechen sich gegen die Verstädtlichung aus.
Stadtd. Liebmann (Unabh.) tritt für die Verstädtlichung ein. Er bezieht sich auf die Darstellung des Sachmannes Eichardt, gegen die sachliche Einwendungen nicht erhoben worden seien. Die Lehrlinge könnten als Gesellen im Gewerbe nicht untergebracht werden. Es gebe auch Meister, die keine gelernten Schmiedleger seien. Das Gewerbe werde u. a. von einem Kaufmann, einem Juristen, einem Theologen und einem Kandidat ausgeübt. Von den Meistern leben 18 nur von ihrem Privileg. Er beantrage, der Erhöhung vorläufig nur bis 31. Dezember 1920 zuzustimmen. Nach weiteren Ausführungen wird der Zuschlag bis 31. Dezember 1920 bewilligt und der Antrag auf Verstädtlichung in namentlicher Abstimmung mit 45 gegen 21 Stimmen angenommen.
Ein Antrag des Stadtd. Köllig (Mittelf.) ersucht den Rat, den Landbezug von Kohlen auf jede Weise zu fördern.
Stadtd. Köllig begründet den Antrag. Durch die Förderung von Befeuerungsmitteln werde der Landbezug erschwert.
Stadtd. Franke erklärt, daß das Kohlenamt die Freigabe von 30 000 Tonnen erwirkt habe, aber es werde wenig Gebrauch davon gemacht.
Stadtd. Seidel (Unabh.) hält die Abgabe von 20 Pfg. pro Zentner für die Auslieferung von Befeuerungsmitteln für Geldschneidererei.
Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Neue Steuervorlagen.
Nach einer Ratvorlage sollen die Sätze der Miet- und Pachtwersteuer erhöht, die Sätze der Luftfahrsteuer verdoppelt werden. Die Ausschüsse beantragen, für Pferdebesitzer die Sätze zu verdreifachen.
Dazu beantragt Vizevorsteher Polender, die Geltungsdauer bis zum 31. März festzusetzen.
Stadtd. Kirmse (Mittelf.) beantragt, daß die turnerischen und sportlichen Veranstaltungen, sowie die Radwettkämpfe davon nicht betroffen werden sollen.
Stadtd. Böhle (Unabh.) begründet den ablehnenden Standpunkt seiner Partei. Es könne von seinen Parteifreunden nicht verlangt werden, das was das Reich verfaßt habe, nun den freien Massen aufzubauen. Die Kosten des Krieges müßten von denen getragen werden, die dazu in der Lage sind. Hätten die Gemeinden bewiesen, daß sie die Kosten aufbringen können, dann würden die Vertreter des Reiches keine Veranlassung haben, nach einer gerechten Besteuerung zu suchen. Es sei notwendig, Grund und Boden, sowie die Kohlengruben zu verstaatlichen. Das machten aber die Vertreter des Bürgertums grundsätzlich nicht mit. Solange das Reich eine solche Steuerpolitik treibe, so lange werde es nicht möglich sein, aus den schlimmsten Zuständen herauszukommen. Wenn die Massen hinter uns stünden, würden auch die Verhältnisse gebessert werden können.
Oberbürgermeister Dr. Kötke erklärt die Grundzüge des Vorredners für eitel Theorie, deren Durchführung für die Gemeinde unmöglich sei. Ein Recht zur Erhebung von Zuschlägen zu den Einkommensteuern haben die Gemeinden nicht. Die Verstaatlichung des Grundeigentums und der Bergwerke könne doch nur durch Reich oder Staat erfolgen. Die ungeheuren Millionen könnten nur aufgebracht werden durch Ersparnisse in den Ausgaben oder durch die Erschließung neuer Einnahmequellen. Die übernommenen vertraglichen Pflichten der Gemeinde müßten erfüllt werden; dann würden die Ausgaben für Kulturaufgaben unter-

bleiben. Wenn diese Verfügungsmittel beschafft würden, werde auch der Kredit der Stadt erschüttert. Der Rat werde aus der Stellungnahme die Konsequenzen ziehen.
Stadtd. Dr. Wierel tritt für die Steuervorlagen ein, die doch ganz harmlos seien.
Bei der Abstimmung wurde die Erhöhung der Miet- und Pachtwersteuer abgelehnt, die Erhöhung der Luftfahrsteuer nach den Ausschussanträgen angenommen. Ebenso gelangten die Anträge Polenders und Kirmse zur Annahme.

Lohnfragen bei der Straßenbahn.
Die Straßenbahnarbeiter sind mit den Arbeitern in den städtischen Betrieben gleichgestellt worden. Der Lohnausgleich für die Zeit vom 1. Januar bis 28. April soll nachgezahlt werden. Dem wird zugestimmt.
Ein Antrag Teichgräber (Unabh.) über den Ausgleich der Arbeiter der Straßenbahn im Jahre 1919 gewährten Zuschüsse wird erneut dem Räte zur Berücksichtigung überwiesen.

Kleine Vorlagen.
Der Rat wird um eine Vorlage über Einrichtung einer Spülanlage für die Aborte in der 1. Realschule ersucht.
Bewilligt werden 6500 M. für die Neuführung eines Stadtwertes im Schiller-Realgymnasium, 21 550 M. für die Ausbesserung des Daches vom Grassi-Museum, 9400 M. für die Vergrößerung eines Raumes im Polizeiamt und 83 840 M. für Dienstzulagen an die Beamten der Polizei.
Zustimmung wird erteilt den Ortsbaugeboten von L. Gohlis-Süd und L. Prokau, dem neuen Tarif der Dienstmänner und Pächter, sowie der Erhöhung der Verpflegung für beide Krankenhäuser. — Außerdem werden Rechnungen des Johannishospitals richtig gesprochen. Es folgte noch eine nichtöffentliche Sitzung.

Sächliche Angelegenheiten.

Die Glaldeballe in der Volkshammer.

Der Ministerpräsident, der am Schlusse der vorgestrigen Aussprache noch zu Worte gekommen war, trat ungleich geächter als sein Amtsvorgänger. Er vermied es, seinen Ausführungen einen herausfordernd polemischen Charakter zu geben ohne dabei eine gewisse Festigkeit vermissen zu lassen. Was er gegen die Anklagen seines Genossen Liebmann sagte, war sehr schwach, da sich Herr Bud an einige Kleinigkeiten hielt und sich mehr auf das gute Zureden zur Mitarbeit beschränkte. Er glaubte seine Unparteilichkeit und Sachlichkeit noch besonders durch weitgehende Konzessionen auch an die äußerste Rechte darzulegen zu sollen, wobei er sich ganz naturgemäß oft recht weit von seinen eigenen politischen Anschauungen entfernen mußte. Der einzige Erfolg seiner Rede war denn auch, daß ihm gestern der Deutschnationale Ziller ein breites Lob spendete, das durch die Befürchtung, Herr Bud würde von seinen eigenen Parteigenossen geliebt werden, seine vernünftigen Ansichten und Versprechungen in die Tat umzusetzen, noch um einige Grade kompromittierender wirkte.

Als zweiter Redner unserer Fraktion kam gestern Genosse Ziller zu Wort. Er wies Herrn Dr. Reinhold nach, daß seine den Gemeinden empfohlene Spartheorie schon an der Tatsache scheitern müsse, daß in den Gemeinden jetzt schon nur das Allernotwendigste getan werde und dringende Kulturaufgaben zurückgestellt werden müssen. Die Bemerkung des Herrn Bud, daß die Reichssteuerpolitik die wirksamste Sozialisierung sei, widerlegte er durch Darlegung unserer Stellung zur Frage der Steuern und legte dar, daß es überhaupt unmöglich sei, nach den Grundzügen der kapitalistischen Steuerpolitik aus der Finanzlemme herauszukommen. Die Bepfehlung der Untersuchungskommissionen, die Sabotage der unteren Verwaltungsbehörden und die Eigenmächtigkeiten des Unterrichtsministers bei Durchführung des Übergangsschulgesetzes, besonders seine Verordnungen über den Religionsunterricht gaben unserm Redner Gelegenheit zu einer Kritik. Im übrigen ging er auf die Verjude der Koalitionsparteien und der Rechten ein, ihre eigene politische Anfechtbarkeit und ihr Schuldgefühl durch eine gedankenlose Schimpferei auf die USP. zu verdecken. Er zeichnete die im Grunde reaktionäre verwaschene Politik der Rechtssozialisten und Demokraten und zeigte, daß wir es waren, die in der Kammer den Versuch zu wirklicher positiver Arbeit machten, einen Versuch, der sehr oft und fast immer an dem Widerstand der unnatürlichen Koalition scheiterte. Die Mehrheitspartei und Demokraten erhöhten durch ihre Zwischenrufe und durch zeitweises Toben die Wirkung dieser Ausführungen, denen sie sachlich nicht zu widersprechen vermochten.
Herr Ziller von der Deutschnationalen Fraktion ging ziemlich breit auf einzelne Kapitel des Etats ein und machte eifrig Propaganda für die Aufhebung der Zwangswirtschaft und für den freien Handel. Bemerkenswert war die Zensur, die er den Rechtssozialisten erteilte. Er rief ihnen zu: Sie sind ja während des Krieges einigermassen vernünftig geworden. Sie haben sich zu einer bürgerlichen Partei entwickelt und sind beinahe national geworden. Nur die USP. ist noch eine konsequente Vertreterin des Exzesses geblieben. — Herr Sindenmann und seine Getreuen setzten sich über diese für sie nicht gerade schmeichelhafte Belehrung mit einem vorlegenen Lächeln hinweg.
Die übrige Debatte, die sich bis in die Abendstunden ausdehnte, verlief immer mehr in eine kleinliche Polemik. Die Koalitionsparteien machten die größten Anstrengungen, von ihrem politischen Ansehen noch einiges zu retten. Die Art, wie sie es versuchten, und die Häßlichkeit ihrer Argumente bewirkten das Gegenteil. Der Bankrott ihrer Regierungsgemeinschaft wurde nur noch offensichtlicher.

Das Ende der ... in Sachsen.

Nachdem sich der Volkswirtschaftsrat des Landesarbeiterrats aufgelöst hat, hat nunmehr das sächsische Gesamtministerium beschlossen, die von ihm und früher von den Volksbeauftragten erlassenen Arbeiter- und Soldatenräte, die Bezirksarbeiterräte und den Landesrat der Arbeiter- und Soldatenräte Sachsens betreffenden Bestimmungen außer Kraft zu setzen, ebenso den Beschluß des provisorischen Landesrats der Arbeiter- und Soldatenräte Sachsens vom 3. Dezember 1918. Das gleiche gilt auch hinsichtlich der vom Finanzministerium und dem Ministerium des Innern gemeinsam erlassenen Verordnung über das Finanzgebahren der Arbeiterräte vom 25. April 1919. Öffentliche Mittel dürfen hiernach an Arbeiterräte, Bezirksarbeiterräte und den Landesarbeiterrat sowie ihre Mitglieder oder Beauftragte nicht mehr gewährt werden. Es sind jedoch, soweit es sich um Verpflichtungen handelt, die von den Arbeiterräten in Ausübung einer ordnungsmäßigen Tätigkeit vor dem 21. Juni 1920 übernommen worden sind und soweit der Nachweis der ordnungsmäßigen Verwendung geführt wird, von den beteiligten öffentlichen Körperschaften die erforderlichen Mittel innerhalb angemessener Grenzen noch zur Verfügung zu stellen.
Damit werden die wenigen noch bestehenden Arbeiterräte unmöglich gemacht. In der Praxis freilich haben diese in letzter Zeit auch nur in einzelnen Fällen eine wirkliche politische Tätigkeit auszuüben vermocht, in der Regel beschränkte sich ihre Tätigkeit auf eine mehr oder weniger wirksame Kontrolle der Verwaltung. Durch das allgemeine Wahrecht ist die Arbeiterchaft in zahlreichen Fällen zur Beherrschung der Gemeindeämter geworden, und ist in der Lage, auf diesem Wege eine Kontrolle über die Gemeindeverwaltung auszuüben. Das gleiche trifft auf eine Anzahl Bezirksverbände zu. Das Interesse an den Arbeiterräten ist deshalb merklich zurückgegangen. Die Verfügung des Gesamtministeriums zieht unter diese Entwicklung einen Strich. Dadurch wird Klarheit geschaffen und verhindert, daß mit den Scheinarbeiterräten der revolutionäre Rätegedanke diskreditiert wird. Es ist auf alle Fälle zu begrüßen, wenn alle Illusionen beseitigt werden, damit die Arbeiterchaft weiß, woran sie ist.

Im übrigen zeigt das Vorgehen der Regierung aufs neue, daß sie sehr energisch gegen Einrichtungen der Arbeiter vorgehen kann, während sie gegen Institutionen der Bourgeoisie diese Energie nicht aufzubringen vermag, wie sich dies bei der Auflösung der Selbstverwaltungsinformationen und Einwohnerverzeichnisse recht deutlich gezeigt hat.

Eine neue Stadt.
sk. Ringenthal. Mit der Erhebung des Marktleidens Ringenthal zur Stadtgemeinde und Ansetzung eines Bürgermeisters mit juristischer Vorbildung ist in den Grenzgemeinden Unter- und Ober-Sachsenberg, Brunnhödra und Georgenthal der Wunsch des Zusammenschlusses und die Bildung einer Stadtgemeinde Groß-Ringenthal mit 16-18 000 Einwohnern angeregt und seitdem weiter verfolgt worden. Eine Sitzung am Montag, die sich mit den Zusammenschlußverhandlungen besaßte, war von allen Gemeinden des Grenzbezirks befolgt worden.

Vom Schred getötet.
Defonh L. W. Vom Schred getötet wurde am Sonnabend in Lirpersdorf die Ehefrau des Gutbesizers Karl Schneider. Sie geriet auf dem Wege zum Heuwenden mit der Rüberrische Familie in Streit. Im Verlauf desselben sprang ihr der Rüberrische Hund an die Brust, ohne sie zu verletzen. Frau Schneider stürzte zu Boden, und der herbeigerufene Arzt vermochte nur den infolge Hirnblutungs eingetretenen Tod der tüchtigen Frau festzustellen.

Hohenheim-C. Von Einbrechern ist die Turnhalle des Turnbundes heimlich gesucht worden. Die ledernen Bezüge des Herdes und Bodes wurden gestohlen.
Gofel. Einen seltenen Diebstahl führten Diebe hier aus, sie stahlen einen Hund mit samt der Hundehütte.
Adorf L. W. Hier wurden einer Frau und zwei Männern circa 1700 aus Böhmen eingeschmuggelte Eier beschlagnahmt. Den Ruhen davon hat die Einwohnerchaft.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Bölsig. Die Wahl eines Elternrates ist jetzt wohl in jedem Dorfe erfolgt. Bei uns scheint das nicht so wichtig zu sein, trotzdem die Schulerhältnisse viel zu wünschen übrig lassen. Kommt es doch noch vor, daß die Kinder frei bekommen, um bei den Bauern oder auf dem Rittergute zu arbeiten. Öffentlich tragen diese Zeiten dazu bei, daß auch bei uns die Eltern einen Einfluß auf die Gestaltung der Schule bekommen.
Zwenkau. Elternabend. Freitag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, findet im Rathausaale ein Elternabend statt, in welchem Herr Jahnsart W. einen Vortrag über die Behandlung und Pflege der Zähne der Schulkinder hält. Der Besuch des Elternabends ist allen Eltern zu empfehlen.
— Ehemalige Kriegsgefangene trafen am selben Tage, abends 7/8 Uhr, im Gasthof Stadt Leipzig eine Versammlung ab, in der jeder ehemalige Kriegsgefangene erscheinen muß.
Böhlitz-Chrenberg. In unserer letzten Gemeinderatsberichterstattung ist ein Fehler enthalten, als nicht der Fabrikbesitzer Karl Heine, sondern Herr Karl Sinné der Gemeinde einen Beitrag von 100 000 M. geschenkt hat.

10. Hauptversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Karlsruhe, 19. Juni 1920.

Schäfer Verhandlungstag.
Für die Beratung der Statuten der Bezirksabteilung und der Bezirksordnung wird eine Kommission eingesetzt.
Zur Begründung der Spartenanträge spricht im Auftrage sämtlicher Zentralkommissionen der Sparten Bierath-Berlin. Redner begründet in eingehenden Darlegungen einen von sämtlichen der Generalversammlung vorausgegangen Spartenkongressen angenommenen Beschluß, den Sparten in organisatorischen und tariflichen Fragen ein Mitspracherecht im Rahmen des Verbandes zu gewähren. Die Sparten fordern mehr Unabhängigkeit, sowie Sitz und Stimme im Verbandsvorstand.
Domine-Frankfurt a. M. tritt für die Gründung einer Faktoren-Sparte ein.
Seit-Berlin teilt mit, daß der Verbandsvorstand das Ersuchen der Faktoren, einen Vertreter ihrer Sparte auf dem Verbandstage zuzulassen, abgelehnt habe. Die Organisation der Faktoren müsse sich zu den freigewerkschaftlichen Grundzügen bekennen, dann könne mit der ganzen Organisation zusammengearbeitet werden. Redner empfiehlt, die hierzu gestellten Anträge der Statutenberatungskommission zu überweisen.
Von der Opposition ist zur Spartenfrage folgender Antrag Kotte eingegangen:

Eine Abkürzung der Löhne, hauptsächlich in heutiger Zeit, führt zur Zerstörung des Solidaritätsgefühls der Arbeiterchaft. Sparten, deren Arbeitsweise besonders ungesund oder durch erhöhte körperliche Leistungen bzw. erhöhtes geistige Konzentration außerordentlich aufreibend ist, sind durch Verkürzung der Arbeitszeit zu entschädigen. Die Kraft der Organisation ist nur einzuwirken zur Verbesserung der Lebenshaltung aller Organisationsmitglieder.
Bogenh-Leipzig tritt für Aufhebung des Kölner Generalversammlungsbeschlusses ein, der den Handwerkern die Gründung einer Sparte verbietet.
Pöfiker-Chemnitz ist für die Schaffung einer Faktoren-Sparte.
Söldner-München spricht für die Aufhebung des Kölner Beschlusses und fordert eine größere Bewegungsfreiheit der Sparten.
Kotte-Berlin bittet um prinzipielle Klärung der Spartenfrage. Die Einheitsorganisation dürfe nicht von Vereinsmelerei unterdrückt werden.
Hierauf wird in die Besprechung über die Lage auf dem Tarifgebiet eingetreten. Da eine grundsätzliche Aussprache über die Tarifgemeinschaft vorausgegangen ist, werden im wesentlichen praktische Fragen zur Behandlung stehen. Die Erörterungen erfolgen in geschlossener Sitzung.

1. Bundeslag der technischen Angestellten und Beamten.

2. Verhandlungstag.
Auffhäuser-Berlin referierte über Die freie Angestellten- und Arbeiterbewegung. Er zog zunächst Vergleiche zwischen der Arbeiterbewegung nach 1848 und der Angestelltenbewegung nach 1918. Die freie Arbeiterbewegung der große Bruder, hat 1849 in ihren ersten Anfängen erleben müssen, daß sich die wirtschaftliche Gegenrevolution besonders das Ziel gesetzt hatte, die gewerkschaftliche Tendenz auszurotten. Jetzt richtet sich die wirtschaftliche Gegenrevolution besonders gegen die erwachenden Kopsarbeiter. Wie 1849 die Harmonievereine von Gesellen und Meistern nicht oder nur wenig bekämpft wurden, so ist auch heute der Kampf gegen die Harmonieverbände sehr schwächlich, während das Unternehmertum in uns ganz richtig die schärfsten Feinde der kapitalistischen Wirtschaft erkennt und unter Anwendung aller Mittel bekämpft. Diesen und andre Kämpfe müssen die Angestellten bestehen. Für die freie Angestelltenbewegung liegen dabei die Bedingungen oft anders, als in der Arbeiterbewegung. Das trifft sowohl auf die Zeitverhältnisse, als auch auf die Herkunft ihrer Mitglieder aus verschiedenen sozialen Schichten zu und erfordert oft, besonders in der Frage der Taktik, Abwägungen.

gegenüber der Arbeiterbewegung. Sind wir auch selber Arbeit bei dem großen Bruder nicht immer das nötige Verständnis, so ist doch ein Näherkommen unverkennbar. Immer mehr ringt sich der Gedanke auch innerhalb der Arbeiterbewegung durch, daß wir zur richtigen Durchführung des gemeinsamen Kampfes organisatorisch doch auf eigenen Füßen stehen müssen. Dabei muß allerdings die Arbeiterkraft wissen, daß sie sich fest auf uns verlassen kann. Das Programm der freien Arbeitergewerkschaften muß auch unser Programm sein. Wir dürfen uns nicht von dem Gedanken abschrecken lassen, daß die freien Arbeitergewerkschaften bewußt einen Klassenkampf führen. Offen und ehrlich wollen wir bekennen, daß sich auch der Bund bisher schon in den Dienst des Klassenkampfes gestellt hat. Die Frage sei nur, ob wir diesen Klassenkampf bewußt führen wollen. Und das müßte bejaht werden. Die Gegner, die für bessere Arbeitsbedingungen eintreten, stehen auch, allerdings unbewußt, im Klassenkampf. Die freien Gewerkschaften unterscheiden sich von ihnen, indem sie eigentlich Gegner des Klassenkampfes sind, denn sie wollen die Befreiung der Wirtschaftsform, die eine bestehende und eine bestehende Klasse erfordert; sie wollen die Gleichberechtigung aller.

Der zu führende Kampf ist insbesondere für die Technik äußerst scharf, fühlt doch das Unternehmertum, daß die erwachende Angestelltenkraft der Volkswirtschaft viel gefährlicher wird, als die Arbeiterkraft. Darum verlangen wir auch Anerkennung als Machtfaktor innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung.

Unser Kampf richtet sich aber auch gegen die Presse. Sie versucht, durch falsche Berichte unsere Bewegung zu diskreditieren. Leider finden sich noch immer Kollegen, die diese Presse halten.

Seit dem Besehen der Afa (1917) mühen wir, daß nach dem Kriege eine starke freie Angestelltenkoalition da sein würde. Unsere damalige Vorarbeit kommt den Kollegen heute zugute. Jetzt ist unser Ziel, gemeinsam mit dem A. d. G. B. und dem Deutschen Beamtenbund die Macht zu bilden, an der die Macht des Kapitalismus zerbricht. Bei voller Wahrung der Selbstständigkeit müssen die drei freigewerkschaftlichen Säulen, Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkoalition, in allen grundlegenden Fragen des Klassenkampfes einig sein. Der Aufbau unserer Organisationen nach Industriegruppen hat sich bewährt und die Erfassung der Betriebsräte ermöglicht. Davon wird uns auch die Zentrale der Betriebsräte nicht abbringen.

Unser Augenmerk richtet sich aber auch, nicht zuletzt im Interesse der eigenen Volkswirtschaft, auf die Bewegung der Angestellten im Ausland. Mit ihr wollen wir Verbindung suchen.

Aus den derzeitigen Verhältnissen bringen uns keine Tarifverträge, sondern nur der Übergang zur Planwirtschaft heraus. Darum müssen wir uns auch nach außen hin zum Sozialismus bekennen. Schweißer hat schon erklärt, daß die Unternehmer trotz Warenmangels zur Stilllegung ganzer Industrien gehen, weil der Profit ihnen nicht hoch genug erscheint. Programmatisch

müssen wir festlegen, daß die schöpferische Arbeit unserer Berufscollegen nicht zur Schaffung hoher Kapitalrenten, sondern für das Wohl aller Volksgenossen geleistet wird. Wir haben den Mut, uns abzuwenden von der Wirtschaftsordnung, unter der wir alle so elend Schiffbruch gestitten haben, und uns zu dem Sozialismus, nicht als Parteiladone, sondern als Wirtschaftsform der Zukunft zu bekennen. Unser Bund als Kulturfaktor im deutschen Volkstörper stellt sich bewußt in den Dienst des Klassenkampfes, um das Ziel, die Befreiung der gesamten Menschheit aus der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung, zu erringen. Das sei das Bekenntnis des Bundes als freie Gewerkschaft. (Lang anhalten-der starker Beifall.)

Gegen 2 Stimmen wurde dann folgende Entschließung ohne Diskussion angenommen, im übrigen die Drucklegung des Referats beschlossen.

„Der feste Wille zum erfolgreichen wirtschaftlichen Befreiungskampfe aller Kopf- und Handarbeiter läßt es dringend geboten erscheinen, die auf dem Boden des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit stehenden Arbeiter, Angestellten und Beamten zu enger, ständiger Gemeinschaftsarbeit zu vereinen.“

Der Bundestag bekräftigt deshalb das in den Kämpfen vom März 1920 erprobte Bündnis zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Arbeitergemeinschaft freier Angestelltenverbände. Er beauftragt den Bundesvorstand, die zur Schaffung einer festgelegten Rahmenorganisation der freigewerkschaftlichen Angestellten- und Arbeiterbewegung erforderlichen Maßnahmen unter Aufrechterhaltung der organisatorischen Selbstständigkeit der Afa zu treffen. Die Eingliederung der Beamtenbewegung in die große einheitlich gerichtete Arbeiterbewegung ist anzustreben.

Zur Steigerung der gewerkschaftlichen Aktionskraft innerhalb der einzelnen Industrie- und Gewerbebezüge und zur zweckmäßigen organisatorischen Zusammenfassung der Betriebs- und Angestelltenräte ist der einheitliche Aufbau der Industrie- (Nach-)gruppen in der freigewerkschaftlichen Angestellten- und Arbeiterbewegung notwendig und befehleinst durchzuführen. Jede Sonderorganisation der Betriebsräte außerhalb der Gewerkschaftsbewegung ist abzulehnen.

Zur Erreichung ihrer Zwecke, einer durchgreifenden Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage aller vom Ertrag ihrer Arbeitskraft Lebenden dürfen sich die freien Gewerkschaften nicht auf eine engherzige, beruflich abgegrenzte Interessenvertretung ihrer Mitglieder beschränken. Sie müssen vielmehr zum Brennpunkt des sozialen Befreiungskampfes der gesamten arbeitenden Arbeiterkraft werden, um die verfassungsmäßige Umgestaltung der heutigen rein privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung in eine von dem Grundgedanken der Beharrensbedeutung getragene völkervereinlichende Wirtschaft herbeiführen zu können.“

Nach reger Aussprache und namentlicher Abstimmung wurde mit 93 gegen 28 Stimmen noch folgende Entschließung angenommen:

„Die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der arbeitenden Volksschichten sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Angestellten und Arbeiter eines jeden Landes immer mehr abhängig sein von der Lage der Arbeitnehmer in den übrigen Ländern. Die wirtschaftliche Befreiung der Angestellten ist also ein Welt, an dem auch die Berufsgenossen, wie die gesamten Arbeitnehmer aller Kulturstaaten gleichmäßig beteiligt sind. Aus dieser Erwägung heraus spricht sich der Bundestag für die Fortführung der bestehenden und die Schaffung weiterer internationaler Kartellbeziehungen aus.“

Die Solidarität der Angestellten und Arbeiter aller Länder findet in der Anerkennung des 1. Mai als Weltfeiertag der Arbeit ihren besonderen Ausdruck. Die Teilnahme der Bundesmitglieder an den Rabemonstrationen, die von der Afa gemeinsam mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund veranstaltet werden, ist deshalb geboten. Die Art der Beteiligung muß jeweils unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse entschieden werden.“

Lenz (Vorkand) sprach dann über Schul- und Bildungsfragen und behandelte besonders die Eingliederung des Berufsschulwesens in den Rahmen der Einheitschule, die Schaffung eines Reichsschulamtes und die Auflösung resp. Unterstellung der Privatschulen unter diese.

Vorstandsmitglied Händeler behandelte „Die nächsten Forderungen an die Gesetzgebung“, die den Aufbau der Koalitionseinheit zu einem wirklichen Koalitionsrecht, die Schaffung eines einheitlichen Beamten- und Angestelltenrechts, Vereinheitlichung von Arbeitsgerichten, Neuordnung des Schlichtungswesens unter voller Wahrung des Streikrechts, Neuordnung der Arbeitsvermittlung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage, Fortführung und Vereinhaltung der sozialen Verpflegung, Ausbau des Betriebsratsgesetzes und Schaffung von Beamtenräten in sich schließen. Hierbei nahm der V. T. auch Stellung gegen die Technische Nothilfe, die grundsätzlich abgelehnt wird. Dabei wird festgestellt, daß die von der Afa im November 1919 beim Reichsarbeitsministerium geforderten Verhandlungen bis jetzt verflochten worden sind.“

Die beste Beförderung der Gesundheitskultur
 Das Verdien neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Königs-Pavillon
 Promenadenstraße 8
 Fernruf 19271.

Kasino-Lichtspiele
 Neumarkt
 Fernruf 19950.

Heute letzter Tag!

Vampire
 (Der Schrecken der Detektive).
 I. Teil 3 Episoden 6 Akte.

Ferner im:
Königs-Pavillon: Kasino-Lichtspiele
Henny Porten
 Um das Glück betrogen.
 Ein ergreifendes Lebensbild in 4 Akten.

Kasino-Lichtspiele
Die Austerprinzeßin.
 Köstliches Lustspiel
 in 4 Akten.

Welt-Theater
 Barfußgasse (am Markt), Fernsprecher 4870.

Carola Toelle, Werner Kraus
 in der 5aktigen Tragödie zweier Menschenleben

Johannes Goth
 Charly Bills genialster Meisterstreich:
Die Dorfhexe
 Detektiv- und Abenteuer-Drama.

Lichtspiele & Albert Hall

Krystall-Palast

Nur 4 Tage! Ab morgen Freitag Nur 4 Tage!

Sherlok Holmes

„Der Mord im Splendit-Hotel“ 1 spannende Akte
 „Mit Leib und Seele eigen“ 5 fabelhafte Akte
 Ein Tragödienspiel aus der russisch. Revolution.

Heute letzter Tag:
Das Geheimnis der Mitternachtsstunde 2 Mortens-Detektiv-Film in 3 Akten
„Der rote Löwe“ Lustspiel in 4 Akten.

Anfang wochentags 1/4 Uhr / Sonntags 3 Uhr.
 Bis 7 Uhr: Jugendvorstellung.

Aus **Kornlederstücke** zusammengesetzte
 guten Sohlen P. nur Mk. 1.50
 desgl. Pa. Kornleder im Ausschneit u. im Ganzen
 sowie sämtl. Schuhbedarfsartikel preiswert zu haben
C. Migdin, gesch. Haupt- u. Schuhbedarfsartikel
 Leipzig, Tauchaer Str. 46
 Filialen: Sell, Wurzen Str. 11, Schönefeld, Breslauer Str. 44

Bitte beachten Sie morgen Freitag unsere hiesigen Inserate!

I. von
Kasino-Lichtspiele
 Neumarkt - Fernruf 19950
 und II. von
Welt-Theater
 Barfußgasse - Am Markt

Licht-U.T. Spiele
 Halnstr. 19 Tel. 3187

Heute letzter Tag!

Der **Renn-Roman**
Falscher Start
 sowie
Das törichte Herz

Morgen Freitag der neueste
Bruno Kastner-Film
 der beste
 der je gezeigt wurde.

Der **II. Teil** (5 Akte in 2 Episoden) von
„Die Vampire“

(6 Abteilungen, 10 Episoden, 31 Akte)
Der Schrecken der Detektive
 ab morgen Freitag, den 25. Juni, nur allein im
„Königs-Pavillon“
 Promenadenstr. 8.
 Beachten Sie bitte unsere morgigen Inserate!

Zigaretten
 kaufen Sie portierhalt und billig alle Sorten in der Zigaretten-Großhandlung
Heinrich Moederer, Kirchstraße 94.

Kein Heberles
Zigarren
 Einzelne Musterfliegen meiner Fabriken, in allen Preislagen unter Originalpreis abzugeben
Bestreuer
Alex Gottschalk
 Rothringstr. 45, T. 50823

Probieren Sie:
 Silberfädel 100 gr. 8.00
 Wanderricht 100 " 7.50
 Dampfparole 100 " 6.00
 Rheinland 100 " 7.00
 Renner 100 " 6.50

Sämtl. Marken garantiert reiner Rauchtabak, große Auswahl in Zigarren
Elisabeth Müller
 31a. Geschäft, Reiter Str. 89, vis à vis Volkshaus

Siehe ist in unserm Verlage erschienen:
Gerhart Seger
Kunst und histor. Materialismus
 Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung.
 Preis 2 Mk.

Bestsellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen.

Leipziger Buchhändler A.-G.
 Abt. Buchhandlung
 Tauchaer Straße 19/21.

Phot. Vergrößerungen
 in künstlerischer, lebenswahrer Ausführung fertigt als Spezialität preiswert
Robert Prossdorf
 Laden:
 Bayerische Straße 41.

Zigaretten!!!

Billi Englisch, in Stanol 420.00
Bellmar Riesenformat 390.00
Bubbi " 310.00
 Die echte **Bull Dog** ... 310.00

Alles gehe Tabake und Riesenformat ohne Preisaufdruck.
 Bei größerer Abnahme entsprech. billiger!

M. Glaser, Leipzig
Katharinenstraße 17
 Engro und Detail

Zigaretten

Aus erster Hand - Engros und Detail
Belmar, dick. Façon . . . 100 St. 4.89.-
Bobbi, . . . 100 St. 4.31.-
 Englisch in 10-St.-Packung (Stanol) . . . 100 St. 4.42.-
Bull Dog mit Gold . . . 100 St. 4.81.-
 Bei größerer Abnahme entsprechend billiger.

Zigaretten-Großhandlung D. Glaser
Leipzig, Neumarkt 12, Laden.
 Tel. 8049.

Übersee-Rauchtabak
Java-, Sumatra- u. Virginia-Mischung, rippenfrei inkl. Steuer, 50- und 100-g-Packung, ab 5 Pfund à 26 M. Probepfund 28 M.

Echter Nordhäuser Kautabak
 Originalrollen Nr. 6 1.25 M., Originalrollen Nr. 5 1.50 M., Originalknoten 1.45 M. inkl. Steuer
 Preise sind Engrospreise, Versand nach auswärts, ab 50 Stück auch gemischtes Sortiment.
Zigarillos (Überseeabake) 10 und 12 cm lang ab 100 Stück 46 und 52 M.

Karl Appenrodt, Rauch- u. Kautabak on gros

Uebersee-Tabak
 wolliger, langfaseriger Feinschnitt ohne Rippenzusatz,
 Domingo - Java - Mischung, gut geröstet, würzig
100 Gramm 5.50 Mark
10 Pfund 250.00 Mark

Laufend große direkte Zufuhren von erster leistungsfähiger Tabakfabrik
Wilhelm Rode, Reitzenthaler Str. 3
 Fernruf 4867 Am Ostplatz

Schleussig Lichtspiele Schleussig
 Freitag, den 25. bis 28. Juni
Die weissen Rosen von Ravensberg
 Glück im Eulenhof mit Rosa Porten.

Ab Dienstag, den 29. Juni
Lilly und Lillys Ehe
 2 Abteilungen.

Der Prophet.

Von Konrad Voelz.

„Jemandwo in Flandern geschah eine Sprengung, und unversehrt überlebte ein paar Dutzend Soldaten den Helldob.“

„Diese fast neue Uniform enthält Bruchstücke!“ sagte ein Soldat, und man legte den Gefreiten als unbrauchbar vorläufig auf die Grabenwand.

„Sehen, Stöhnen, mühseliges Gewinsel und Geschrei verließen den an sich erschrockenen Fortbestand des Lebens.“

Die Sommerjonne funkelte über der unberührten Landschaft, aber dem Gefreiten Bogt war dies ganz außerordentlich gleichgültig.

Die Malerei an der Zimmerwand schien ihm bemerkenswerter. Weiterlange, blau und rot gemalte Arabesken von Konstantinopel.

„In den stillen, warmen Nächten erwachte er oft, von plötzlichen schmerzhaften Neurosensationen gepöngt.“

Mit seinen Kameraden ließ er sich nicht ein. Er lag ächzend und hinstend, ohne je Hunger zu fühlen, zu den Nachtzeiten, die in dem mit allerlei Nordgerät versehenen Mittelraum des burgartigen Schlosses stattfanden.

„Bogt verzog zu alledem keine Miene; aber er verachtete diese Feilsinger.“

„Ich war ein Soldat!“ sagte er sich, traurig kopfschüttelnd. Der Arzt, der dann und wann durch sein Zimmer ging, fand ihn nachdenklich vor der Schilderei an der Wand sitzend.

„Was wollen denn diese uniformierten Menschen hier? Soldaten gehören ins Feld.“

(Fortsetzung folgt.)

Anmerkungen zum 8. Deutschen Bachfest.

Vor allen bürgerlichen Veranstaltungen zeichnete sich in früheren Jahren das Bachfest immer durch einen, man kann sagen „demokratischen“ Zug aus.

Gerade das Bachfest — dessen wichtiger und geschlossener Aufbau der Persönlichkeit Prof. Straubes zu danken ist — fördert eine solche Menge von künstlerischen Schätzen zu Tage.

Überblicken wir unter diesem Gesichtswinkel die verschiedenen Konzerte des Bachfestes! Gleich der Auftakt zum ersten Kirchenkonzert, die Lobkantate des vordachigen Thomastantors Schelle.

„Mit seinen Kameraden ließ er sich nicht ein.“

„Bogt verzog zu alledem keine Miene.“

„Ich war ein Soldat!“

Geiste, wie der Rahmen der christlichen Kirche und des vornehmen Konzerthauses geprengt ward von diesen urgewaltigen Tönen.

Kleine Chronik.

Leipziger Puppenspiele (Doktor Faust). Sehenswert in jeder Hinsicht schon rein technisch Feuerzauber, Hölle und Hexenmelerei.

Theater in der Esterstraße (Die verschwundene Pauline). Dieser Schwanz zweier gleichgültiger Fabrikanten ist an sich um kein Haar dankbarer, als die Zwangselnquartierung des Schauspielhauses.

Kulturfilm und Filmkultur. Zwei sehr verschiedene Dinge! Geradezu Widersprüche, wenn man an die Entstehungsgeschichte des ersten denkt!

Der Jahrmart der Lebens, der große englische Gesellschaftsroman, dessen erster Teil hier abgedruckt wurde.

Das Leipziger Philharmonische Orchester im Zoo. Die Leistung des Zoo schreibt uns: Nach dem Muster der Streichmusik auf der „Ba“ und „Bura“ finden jetzt täglich Konzerte der Kapelle Thierpark im Zoologischen Garten statt.

Botrasabend. Fränze Kolloff vom Berliner Theater Tribüne hält am Sonnabend, abends 8 Uhr, im Saale des Kaufmännischen Vereinshauses, Schillerstraße 3, einen Vortrag über mit seinen geordneten Werken von S. D. Steinberg, Ernst Hamann, E. A. Pece Altenberg und Werfel.

Deutsche naturwissenschaftliche Gesellschaft. Freitag abends 7 Uhr, in der 2. Fach- und Fortbildungsschule, Schillerstraße 10, Vortrag von Herr Oberlehrer Berner über elektrische Vorgänge mit Vorführungen. Gäste willkommen.

Neues Theater.

Musiktheater Fernruf 1415.
Donnerstag, den 24. Juni 1920
15. Abendvorstellung (L. Folge, grün)

Das Mädchen des Eremiten.

Romische Oper in 3 Akten, nach dem Französischen des Corfoc und Comen, deutsche Bearbeitung von G. Frick, Musik von Albin Waldart.
Musikalische Leitung: Albert Conz. Bühnenleitung: Georg Wäcker.
Besetzung: Adiant, ein reiner Wäcker (Georg Wäcker); Georgette, seine Frau (Dorothea Hoff); Selma, Trauener-Liebeskinder (Marie Schöler, erste Amie Schöler (Gäbe Schöler-Schöler)); Ein Freibleger (Gustav Eberstadt); Ein Trauenerliebeskinder (Willy Schöler); Ein Trauener (Friedrich Schöler); Eine Trauenermutter (Gäbe Schöler).

Donnerstag, den 24. Juni: 15. Abendvorstellung (L. Folge, grün).
Freitag, den 25. Juni: 16. Abendvorstellung (2. Folge, rot).
Sonnabend, den 26. Juni: 17. Abendvorstellung (3. Folge, weiß).
Eintritt: 2 Mk. 20 Pf. (Kasse), 1 Mk. 20 Pf. (Tür).

Alles Theater.

Freitag, den 25. Juni.

Neues Operetten-Theater.

Mit einseitig 20. Juni Operettenferien.

Theater in der Elsterstraße (Kammerspiele) Fernruf 12.300.
Täglich abends 7 1/2 Uhr

Die verschwundene Bauline.
Schwank in 3 Akten von Willi Wolf u. Martin Bidel.
Sans Leibel als Goldfabrikant
Traugott Seegerbrecht aus Leipzig.

Spielplan: Sonntag, nachmittags 4 Uhr (kleine Preise):
Der Großhändler-Kavalier.

Marionettentheater Messplatz Hauptrestaurant
Täglich 4 Uhr: **Struwwelpeter**. — 8 Uhr: **Faust**.

Marionetten-Variété
Die kleinsten Künstler der Welt! — Vorn.: Witboff.

Baitenberg

Variété. Abends 7.30 Uhr
Verlängertes Gastspiel
Blatzheim
Auf vielseitiges Verlangen
Der müde Theodor.
Vorverk.: Tagesk. 10-2 u. Zig.-Geseh. Katharinenstr. 8.

Theater. Abends 7.30 Uhr
Gastspiel Karl Rischert
vom Luisen-Theater, Berlin
Arbeit u. Kapital.
Morgen: Arbeit und Kapital.

Krystall Palast

Gastspiel
Curt Olfers Operetten-Gesellschaft
in der erfolgreichen Operette:
Der Soldat der Marie.
Operette in 3 Akten v. Bernh. Buchbinder,
Jean Kren und Alfred Schönfeld.
Anfang 7 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Goldner Helm Leipzig-Kutr.
Inhaber: Gust. Schilde — Telefon 17483
Jeden Freitag ab 6 Uhr: **Die beliebten Ball-Feste.**

Kaiserpark a. Rosental
Morgen Freitag, von 7 Uhr an
Großer Sommernachts-Ball
Gäste herzlich willkommen! Tanz frei!

Pantheon
Dresdner Str. 20 Fernruf 15957
Freitag u. Sonntag **Grosse Ball-Feste.**

Goldne Krone L.-Möckern
Inb. Max Krüger
Telephon 50 600.
Morgen Freitag auf vielseitigen Wunsch:
3. großer Damen-Abend.
Nur die Damen engagieren.

Gasthof Stünz
Straßenbahn Nr. 3 und 8
Morgen Freitag, ab 7 1/2 Uhr, auf vielseitigen Wunsch
2. großer Damen-Ball.
Es engagieren nur die Damen. Eintritt 2 Mk. Tanz frei.
Sonnabend, den 26. Juni, abends 6 Uhr
Grosser Sommernachts-Ball der dramatischen Bundesgesellschaft Waldeslust.

Terrasse Kleinzschocher
Besitzer: H. Dümpol.
Telephon 40684.
Gr. Garten mit schöner Aussicht nach Wiese u. Wald
Freitag, von 7 Uhr an
Sonntag, von 4 Uhr an **BALL.**

Verband der Gärtner u. Gärtnereiarbeiter
Sonnabend, den 26. Juni
Grosses Rosenfest
im festlich dekorierten Saale des Volkshauses
Anfang 7 1/2 Uhr
Eintritt: Kasse 2 Mk. Gäste willkommen.

ORTSVEREIN L.-CONNEWITZ

U. S. P. D.

SONNABEND, den 26. Juni 1920, abends 7 1/2 Uhr:

Gr. Sommernachts-Fest

im Tanzpalast FRIEDRICHSHALLEN, L.-Connewitz

Mitwirkende: Bläserchor-Verein L.-Süd, Leitung: H. Handzik;
Gemischter Chor L.-Süd, Leitung: R. Lösche; Turnverein Vorwärts L.-Süd

Nach den Aufführungen: **Großer BALL**

PROGRAMME A 1.—Mk. an den bekannten Stellen
Der Reinertrag zum Besten des Volkshausbaufonds

Zahlreichen Besuch erwartet **DER VORSTAND**

Albertgarten. L.-Anger
Strassenbahn 20 und 21
Morgen Freitag, ab 7 Uhr

Erste Wiederholung des mit so großem Beifall aufgenommenen
Elite-Ball-Abends.
Tanz frei. Abwechselnd Damen- und Herrenwahl. Tanz frei.
Auftritt des Preisträgers Herrn H. Mittag und Partnerin.

Gasthof zum Reller Leipzig-Dölitz.
Inh. Kurt Ströter.
Jeden Freitag ab 6 Uhr: **Grosser Elite-Ball.**

WESTEND-HALLEN. Morgen Freitag, ab 7 Uhr:
Sommernachts-Ball.

Des großen Erfolges wegen und trotz der vielen Nachahmungen ist im
Tanz-Palast Papiermühle
Leipzig-Stötteritz, Wasserturmstraße 33

5. Tag des sich bei jung und alt so großer Beliebtheit erfreuenden **Damen-Balls.**
Tanz frei. Es engagieren nur die Damen. Tanz frei.
Achtung! ????? Freitag, den 2. Juli, wieder etwas Neues. ????? Achtung!

Achtung! Gasthof Neustadt Achtung!
Morgen Freitag von 7 1/2 Uhr an 1. großer Damen-Ball-Abend. Achtung!
Tanz frei. Nur die Damen engagieren. Tanz frei.

Trawling massiv Gold
Gustav Kaniss
Tauscher Str. 6. 1.
BERGIDYLL
Heute Donnerstag
Ein Tänzchen

Der Meister-Detektiv **Stuart Webbs** in seiner Doppelrolle als **Apache.**



Neue Donnerstag Uraufführung
für ganz Deutschland.
Das grösste und gewaltigste
Detektiv-Sensations-Filmwerk
„Die graue Elster“
oder

Das Attentat im Orient-Express
Stuart Webbs
33. und neuestes Abenteuer des berühmten Meister-Detektivs
5 raffiniert inszenierte Akte

Mit diesem Film bringen wir ohne Zweifel das labelhafteste Werk, das bis jetzt auf dem Gebiete der Detektiv-Sensations-Films hergestellt wurde. Jeder Besucher, der den beliebten Stuart Webbs in diesem Abenteuer gesehen hat, muss zugeben, dass die Leistungen des tollkühnen Meister-Detektivs nicht zu übertreffen sind.

!! Webbs — bleibt Webbs !!
Hierzu der übrige ganz erstklassige Spielplan.
Alleiniges Erstaufführungsrecht!

Kammer-Lichtspiele
Windmühlenstr. 7 Am Königsplatz.

Leipziger Schauspielhaus.

Donnerstag, den 24. Juni 1920
Gastspiel Union Grand.

Zwangseinquartierung.
Schwank in 4 Akten von Franz von Sickingen und Ernst Bach.
In Szene gesetzt von Union Grand.
Besetzung: Kommissar (Herrn Schöler), Häuptling (Herrn Schöler), sein Kompanie (Herrn Schöler), seine Tochter (Herrn Schöler), sein Sohn (Herrn Schöler), seine Schwester (Herrn Schöler), seine Nichte (Herrn Schöler), seine Enkelin (Herrn Schöler), seine Großmutter (Herrn Schöler), seine Großvater (Herrn Schöler), seine Großmutter (Herrn Schöler), seine Großvater (Herrn Schöler), seine Großmutter (Herrn Schöler), seine Großvater (Herrn Schöler).

Die Bestimmungen für die Theatergemeinde Schauspielhaus werden von jetzt ab täglich von vorm. 10 Uhr ununterbrochen bis abends 9 Uhr an der Theaterkasse ausgenommen.

Leipziger Volksbühne.
Mittwoch, den 25. Juni, abends 7 1/2 Uhr
Robert und Bertram.
Schauspiel in 3 Akten von Eduard Schreyer.
Eintritt 7 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Spielplan: Sonnabend: Robert und Bertram. Sonntag: Robert und Bertram.

Drei Linden
Täglich abends 7 1/2 Uhr
Der grosse Variété-Spielplan
sowie
die öffentliche Herausforderung
des Improvisator **Max Neubert**
Der Dichter-Wettstreit
um die Ehre des besten Titel und die von
der Direktion ausgesetzte
Prämie von Mk. 1000.—
Paul Förster gegen Max Neubert.
Ergebnis der Dichter-Schlacht bis 22. 6.
Fürster 68 Punkte
Neubert 49 Punkte
Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 33405 und 33548).
Th. Althoff, Petersstr., Konsumverein, K.-Helne-Str.

Der beliebteste Leipziger Schauspieler
Bernhard Willdenhain
gastiert ab 1. Juli
in dem Sensations-Sketch
„**RADIUM**“
???

Goldner Anker, L.-Möckern
Inhaber: Berthold Häger. Straßenbahn 10
Freitag zum 3. Male auf vielseitigen Wunsch:
Großer Elite-Damenball
mit grossen Überraschungen.
Möckern-Tänze, 9 Uhr Kontor / Möckern-Tänze
Anfang 7 1/2 Uhr. Tanz frei.

Heute Einlass 4 Uhr, Anfang 4 1/2 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr
Vorverkauf.

Astoria Windmühlenstraße 31
Fernruf 18195/96
Freitag, den 25. Juni:
Uraufführung des neuesten Lustspiels mit
Polle Neumann.
Zum 25. Male:
Circus Wolfson

Universum Köhlpark 6
(Café Bauer)
Fernruf 18195/96
Freitag, den 25. Juni:
Nita Barzen — Emil Namelot
im Gesellschaftsdrama in 5 Akten:
Herrin ihrer Tat
Heute letzter Tag: Das einsame Wrad.

Colosseum Köhlpark 12—13
Fernruf 18195/96
Freitag, den 25. Juni:
Das amerikanische Duell:
Detektiv-Bild
in 5 Akten
von **Harry Biel**
Heute letzter Tag: Nic Carter.

Vindensjels Karl-Heine-Straße 50
Fernruf 18195/96
Freitag, den 25. Juni:
Albert Baffermann.

Wintergarten Eisenbahnstraße 58
Fernruf 18195/96
Freitag, den 25. Juni:
Das einsame Wrad.